

# Frühjahrssynode 2007



Zweite Tagung  
der 34. ordentlichen Landessynode  
1./2. Juni 2007

## DOKUMENTATION PROTOKOLL

# Lippische Landeskirche

## Landeskirchenamt

---

**An die Mitglieder  
der 34. ordentlichen Landessynode  
der Lippischen Landeskirche**

Arnold Pöhlker  
Tel. 05231/976-749  
Az: 0521-2 (34/1) Nr.1255 (1.3)  
**20. Juli 2007**

**nachrichtlich:**

- stellv. Mitglieder der Landessynode
- Mitglieder des Landeskirchenamtes

**Niederschrift über die zweite Tagung der 34. ordentlichen Landessynode am 01. und 02.Juni 2007**

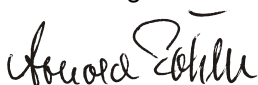
Sehr geehrte Damen und Herren,

*im Auftrag des Synodalvorstandes überreichen wir Ihnen mit dieser Dokumentation die Niederschrift über die vorgenannte Synodaltagung in der Form eines erweiterten Ergebnisprotokolls (Anlage).*

Einsprüche gegen die Niederschrift können Sie aufgrund von § 20 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung vom 23.11.1998 innerhalb von 14 Tagen, gerechnet vom Tage der Zustellung, schriftlich beim Synodalvorstand einlegen. Zum weiteren Verfahren verweisen wir auf § 20 Abs. 4 und 5 der Geschäftsordnung.

*Die in der Niederschrift im Einzelnen gekennzeichneten Anlagen sind nicht beigefügt. Sie können jedoch bei Interesse im Landeskirchenamt angefordert werden. Dazu gehören auch die Predigten im Rahmen der Gottesdienste zu Beginn des ersten und zweiten Verhandlungstages, wie jetzt vom Synodalvorstand entschieden wurde. Die Wortbeiträge einzelner Synodaler wurden nicht protokolliert; sie sind auf CD aufgezeichnet und können im Landeskirchenamt (Synodalbüro) angehört oder auf Wunsch nachprotokolliert werden.*

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



(Arnold Pöhlker)

# Armut in Lippe

Tagung der Landessynode im Haus Stapelage

Auf der Frühjahrstagung der Lippischen Landessynode am 1. und 2. Juni 2007 im Haus Stapelage nahm das Schwerpunktthema „Armut in Lippe“ breiten Raum ein. Einen ganzen Tag lang ließen sich die 58 Synodalen von Fachreferenten informieren und berieten in Arbeitsgruppen einzelne Aspekte von Armut vor der Haustür.

Mit großer Sorge sieht die Landessynode die wachsende Zahl von Armut und Perspektivlosigkeit bedrohter Menschen in Lippe. Sie dankt den Gemeinden, diakonischen Einrichtungen, Institutionen und Einzelnen für ihr vielfältiges Engagement.

Die Landessynode sieht die Aufgabe zu weiterer Hilfe, um den betroffenen Familien und Kindern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Sie fordert aber auch neue Wege, um Armut zu vermeiden.

Ein Ausschuss wird sich unter Beteiligung der Gemeinden und diakonischen Einrichtungen mit dem Thema auseinander setzen und der Synode zu ihrer Herbsttagung Antworten auf brennende Fragen geben und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Dieser Dokumentation vorangestellt sind die Impulsreferate zum Schwerpunktthema, teilweise in Kurzfassung oder als Power-Point-Abzug (Seite 1ff). Der Beschluss zum Schwerpunktthema Armut in Lippe findet sich auf Seite 79 ff.

Die Verhandlungsniederschrift dokumentiert den gesamten Verlauf der Synode (Seite 44 ff.).

Zu den weiteren Themen der Frühjahrssynode 2007 gehörten „Perspektiven für ein Jahrzehnt – (die) Weiterarbeit am Leitbild der Lippischen Landeskirche“ (Seite 60 ff.) und die Gründung der „Evangelischen Stiftung Lippe“ (Seite 75).

## Inhaltsverzeichnis

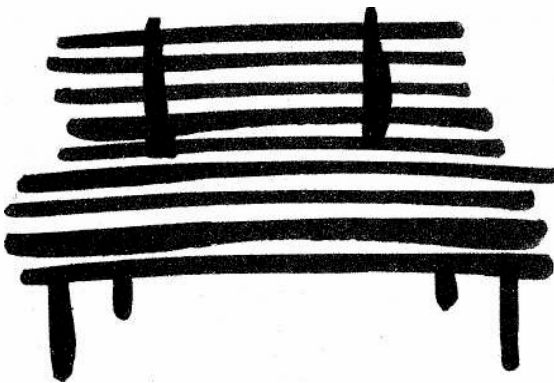
		Seite
	Referat: Herberge zur Heimat	1
	Referat: Lippe pro Arbeit (Hartz IV)	11
	Referat: Tafel in Lippe – ein Beispiel für soziale Arbeit	14
	Referat: Kinder in Armut und Bildungsgerechtigkeit	24
	Referat: Wie reagiert die Kirche auf Armut	35
Verhandlungsbericht der Synode 01./02. Juni 2007		39
<b>Freitag, 01. Juni 2007</b>		
Gottesdienst mit Abendmahl in der Kirche zu Stapelage		39
1.	Eröffnung, Begrüßung, Namensaufruf und Verpflichtungen	41
2.	Grußworte der Gäste	44
3.	Schwerpunktthema „Armut in Lippe“	46
	3.1 Herberge zur Heimat	47
	3.2 Lippe pro Arbeit (Hartz IV)	48
	3.3 Tafel in Lippe – ein Beispiel für soziale Arbeit	48
	3.4 Kinder in Armut und Bildungsgerechtigkeit	49
4.	Aufbereitung des Schwerpunktthemas in Arbeitsgruppen	50
	AG 1: Gesichter der Armut in unseren Gemeinden AG 2: Arme Kinder in einem reichem Land	50
	AG 3: Kein Auskommen mit dem Einkommen	51
	AG 4: Altersarmut und das soziale Netz	52
5.	Wie reagiert Kirche auf Armut	54
6.	Beschluss der Synode zum Schwerpunktthema	54
7.	Fragestunde	55
<b>Sonnabend, 02. Juni 2007</b>		
Andacht im Sitzungssaal des Hauses Stapelage		
8.	Eröffnung, Begrüßung, Namensaufruf, Verpflichtungen	55
9.	Perspektiven für ein Jahrzehnt – Weiterarbeit am Leitbild der Lippischen Landeskirche	57

10.	Aussprache und Beschlussfassung zum Perspektivprozess	60
11.	Entlastungsstellen für Kirchengemeinden	68
12.	Verbindung der Pfarrstellen der Ev.-ref. Kirchengemeinden Alverdissen und Sonneborn	70
13.	Evangelische Gemeindestiftung (Gründung)	72
14.	Beschluss der Synode zum Schwerpunktthema	75
15.	Tagung der Landessynode am 14./15. Januar 2007	78
16.	Anträge und Eingaben	79
17.	Termine der nächsten Synodaltagungen	79
18.	Verschiedenes	80
	Auswertung „Evangelisch in Lippe“	80
	Personalplanung	80
	Lippischer Kirchentag 2008	82
	Ausschussvorsitzende	82

# **Herberge zur Heimat**

von Diplom-Sozialarbeiter Matthias Neuper

**Eine Bank ist kein Zuhause**



Eine Bank

Eine Bank ist kein Zuhause.

Eine Notschlafstelle, ein Bett oder ein Schlafsack in einer leeren Wohnung

Damit wären wir beim Thema: Ich darf Ihnen heute einiges zu einem Arbeitsfeld sagen, das selten im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht.

Gibt es arme Menschen in Lippe?

Im Umfeld des Tagungshauses sind Ihnen Menschen begegnet, die durch ihr Auftreten, ihr Verhalten und ihre Reaktionen auf Armut hinweisen. Derjenige, der sich selbst soweit erniedrigt, dass er in den Straßen bettelt. Diejenige, die ihr Einkommen kreativ aufbessert, indem sie Leergut bzw. Pfandflaschen sammelt.

Die Stiftung Herberge zur Heimat ist als diakonische Facheinrichtung Anbieter von Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten. Die Integrationsmaßnahmen bieten Menschen in sozialen Notlagen Versorgung und Begleitung an. Ziel ist eine eigenständige und eigenverantwortliche Lebensführung. Menschen befinden sich in besonderen sozialen Schwierigkeiten, wenn sie wirtschaftlich und unterkunftsmäßig nicht abgesichert sind und die nicht aus eigener Kraft in der Lage sind, ihre Probleme zu überwinden.

Armut, Personengruppen die anders erscheinen, anders sind, auffällig sind, sind Bestandteil einer Gesellschaft. Dennoch ist unsere Gesellschaft (GG), sind wir durch unser christliches Nächstenliebegebot verpflichtet, Menschen zu unterstützen, die nicht aus eigener Kraft aus der Situation heraus kommen. Ich rede nicht von selbstgewähltem asketischen Lebensstil oder selbst gewählter Armut. Mir geht es um einen Armutsbegriff der ausgrenzt, der Menschen die Teilhabe am Leben erschwert oder unmöglich macht.

**Den Vortrag möchte ich folgendermaßen gliedern:**

- 1. Armut aus der Sicht von sozialer Beratung und Begleitung**
- 2. Angebote der Herberge zur Heimat - Werbeblock**

### **1. Armut aus der Sicht von sozialer Beratung und Begleitung**

(Ausführungen nach Prof. H. Ansen, Soziale Beratung bei Armut) In der sozialen Arbeit spielen die Auswirkungen von Armut im Alltag der Ratsuchenden eine entscheidende Rolle. Armut verringert die Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. In den folgenden Bereichen kommt es zu einer Unter-versorgung:

- Einkommen
- Wohnen
- Familiäre und soziale Unterstützung
- Bildung
- Gesundheit
- Persönliche Perspektiven

Diese Dimensionen der Armut sind vielfältig miteinander verbunden.

### **Einkommen**

Der Begriff des Einkommens steht sehr im Focus der Diskussionen. Einkommensarmut - wie weit ist dieses Risiko von uns weg? - wo begegnet es uns? Zwei Schlaglichtern aus dem aktuellen Armutsbericht der Landesregierung NRW ist zu entnehmen, dass auf die Bevölkerung Nordrhein-Westfalen gerechnet jeder 7. von Armut betroffen ist. Wenn man einmal diesen statistischen Mittelwert von NRW versucht auf die lippischen Verhältnisse herunter zu brechen, bedeutet dieses, dass wir ca. 50.000 Personen haben, die in Lippe an der Armuts-



grenze leben. Eine Vergleichszahl hierzu: Armut bewegt sich dann auf dem Risikolevel wie eine Suchtmittelabhängigkeit.

Der Werbetext: Wohnst Du noch oder lebst Du schon?  
Unser Wohlstand bedeutet, dass Wohnen allein reicht nicht mehr, Lifestyle-Wohnen für alle, häufige Wechsel der Trends.

Besonders die Überschuldung führt zu einer Eskalation des Armutsproblems. Aktuell sei auf einen Artikel in der Landeszeitung vom 04. Januar 2007 hingewiesen: Immer mehr Verbraucher sind total verschuldet. Die Zahl der Privatinsolvenzen in OWL ist dramatisch gestiegen. Die Zahlen aus den ersten drei Monaten des Jahres 2006 brachten einen Anstieg der Privatinsolvenzen gegenüber 2005 von 48,7 % in Lippe. Die sogenannte Mittelschicht erlebt eine starke Verunsicherung, da das Risiko Arbeitslosigkeit bzw. Verdiensteinbrüche bei Arbeitsstellenwechseln ein zunehmendes Risiko darstellt

## **Wohnen**

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis. Wobei es nicht nur darum geht, ein Dach über dem Kopf zu haben.

Wohnst Du noch oder frierst Du schon? - Eine Bank ist kein Zuhause.

Die Wohnbedingungen beeinflussen die Lebensumstände der Menschen. Sie wirken sich u.a. auf die familiären Interaktionen, Regenerationsmöglichkeiten oder die soziale Anerkennung aus. Die Qualität der Wohnbedingungen wird von der Größe, der Ausstattung, der Lage, dem Preis und der Sicherheit gegen den Verlust der Wohnung geprägt.

Mit dem Verlust der Wohnung eskaliert Armut. Ein Extrem ist erreicht. Genaue Zahlen sind aufgrund einer fehlenden umfassenden Statistik schwierig zu erheben. Aktuell liegen die Schätzungen bei über 320.000 Wohnungslosen bundesweit.

Gut 300 Menschen sind in Lippe von Wohnungslosigkeit betroffen.

Wohnst Du noch? - Eine Bank ist kein Zuhause!

Auch heute kann es sich eine Gesellschaft im Interesse ihres sozialen Zusammenhaltes nicht leisten, die Wohnungsfrage nur dem Markt zu überlassen. Hinsichtlich der sozialisierenden Wirkung des Wohnens, bleibt festzustellen, dass Menschen, die in vernachlässigten Wohnquartieren leben, ihre Zukunftsperspektiven schlechter einschätzen und sich von leistungsorientierten Verhaltenserwartungen abwenden, die für eine Verbesserung ihrer Lage aber unverzichtbar sind.

Sozialerschwinglicher Wohnraum ist auch in Lippe, insbesondere für Einzelpersonen zunehmend schwieriger zu finden.

Wohnst Du noch? - Wohnen ein Grundbedürfnis.

Bei dem zurückliegenden Jubiläum in Bethel wurde im Zusammenhang mit den Anfängen der Wohnungslosenhilfe an den Begriff von Bodelschwingh „Brüder der Landstraße“, die Schwestern der Landstraße gab es noch nicht, erinnert.

Der Ansatz von Bodelschwingh hatte das Ziel: Weg von den Almosen hin zu einer angemessenen Unterbringung und Beteiligung der Betroffenen. Hilfe zur Selbsthilfe steckte damals schon in dem Ansatz.

Im Vordergrund standen damals die Wanderarbeiter oder Erntehelfer, die Saisonjobs hatten, sozial nicht abgesichert waren und von daher auf Unterkünfte und Verpflegung angewiesen waren.

Auftrag der Herberge zur Heimat ist es Wohnraum zur Verfügung zu stellen und Menschen darin zu unterstützen, in ihrem neuen Wohnen zurecht zu kommen.

Arme habt ihr allezeit unter Euch. Mich habt ihr nur kurz. (Matth. 26,11)

## **Familiäre und soziale Unterstützung**

Familiäre Belastungen resultieren teilweise aus Einkommensarmut und Lücken in der Wohnungsversorgung. Armut in diesen Bereichen wirkt sich auch auf das soziale Handeln, das Kontaktverhalten der Betroffenen aus, so dass durch die Isolierung soziale Unterstützungsmöglichkeiten geschwächt werden. Durch familiäre Belastung und geringe soziale Unterstützung drohen die Armutprobleme zu eskalieren. Gerade dann, wenn im Umfeld der Betroffenen persönliche und soziale Hilfen besonders dringend sind, fallen diese aufgrund von Armutbelastungen vermehrt aus. Die Fälle von Kindesmisshandlung, die in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit vermehrt bekannt geworden sind, sind Beispiele hierfür.

Je länger die Arbeitslosigkeit anhält, desto geringer werden die Entwicklungsmöglichkeiten, die Lernmotivation und die Lernfähigkeit nehmen ab. In Extremfällen kommt es zu einer resignativen Vermeidungshaltung. Häufig verfügen die Betroffenen über ein negatives Selbstbild. Es kommt zu Stress, Ängsten und ungünstigen Zukunftserwartungen.

Die Komplikationen der Erwachsenen erreichen die Kinder vielfach ungefiltert. Bei Kindern aus armutsbelasteten Familien, werden verstärkt Konzentrationsschwächen, auffällige soziale Verhaltensweisen und auch depressive Verstimmungen beobachtet. Diese Konsequenzen resultieren zum einen aus der persönlichen Belastung der Eltern, die sich auf das familiäre Klima auswirkt, zum anderen aus den Umgebungseinflüssen, denn viele einkommensarme Haushalte leben in sozialen Brennpunkten. Auch familiäre Gewalt wird vielfach mit Armut in Verbindung gebracht.

Junge Erwachsene suchen häufig einen Ausweg, indem sie in Subkulturen und Gruppierungen, in denen sie Anerkennung

finden, abwandern und zeigen dabei häufig deviantes Verhalten (Kleinkriminalität und Suchtmittelkonsum).

## **Bildung**

Auf der einen Seite erhöhen Bildungs- und Qualifizierungsdefizite das Armutsrisiko, auf der anderen Seite führt Armut zu Bildungsbenachteiligungen, die eine Überwindung der Armutslage erschweren.

Bildung führt zu kognitiven Kompetenzen, die für das Alltagsleben und den Berufseinstieg gebraucht werden.

Die durch Bildung vermittelten Fähigkeiten sind eine wesentliche Voraussetzung für die soziale Integration.

## **Gesundheit**

(Prof. Ansen) Die entscheidenden Belastungen für die Gesundheit der Bevölkerung resultieren nicht aus biologischen oder materiellen Bedingungen, sondern aus sozialen Lebensumständen, wobei soziale Ungleichheiten medizinische Auswirkungen haben. Konkrete Benachteiligungen, wie Arbeitslosigkeit oder schlechte Wohnungsbedingungen, begünstigen teilweise chronische Angstgefühle, die zu vermehrter Ausschüttung von Stresshormonen wie Cortisol führen und auf diesem Wege beispielsweise das Immunsystem schwächen oder Arteriosklerose verursachen.

Negative Auswirkungen von Armut geprägten Lebenslagen auf die Gesundheit sind auch für Kinder und Jugendliche belegt. Kinder und Jugendliche die in Armut aufwachsen zeigen vermehrt psychosoziale Auffälligkeiten, wie Ängstlichkeit, Hilflosigkeit und geringes Selbstvertrauen. Die verringerte psychische und physische Belastbarkeit erschwert die soziale Integration in die Gruppe der Gleichaltrigen und führt auf diesem Weg zu ergänzenden sozialen Komplikationen. Wohnst Du noch oder lebst Du schon?

## **2. Armut hat viele Gesichter - Persönliche Perspektiven - Soziale Beratung**

In der Öffentlichkeit wird in der Politik z.Z. fast ausschließlich Armutsbekämpfung unter den Aspekt Bildung und Beschäftigung diskutiert.

Durch meine Brille der pädagogischen sozialtherapeutischen Arbeit habe ich diese Diskussion immer verkürzt erlebt. Weil mir Menschen begegnen, die mit bestehenden Hilfen und Angeboten im ersten Moment nichts anfangen können.

Sie werden zu hochschwellig erlebt, oft sind zunächst andere Aspekte wichtig: „Ich bin gegangen, weil keiner mir zuhören wollte.“

„Ich hatte gedacht ich finde leichter wieder eine Wohnung und bekomme das geregelt. Ich brauche zuerst ein Dach über dem Kopf.“

„Ich habe lange ausgehalten. Jetzt kann ich nicht mehr.“

Die Sozialarbeiter wollten, dass ich in Therapie gehe, dabei will ich erstmal eine Heimat haben. Lebst Du schon?

Menschen gewöhnen sich an ihre Lebensumstände, richten sich kognitiv und emotional ein. Nur so können sie auf Dauer mit ihrer Lage zurecht kommen. Von außen betrachtet entsteht der Eindruck, dass Menschen sich auch auf einem niedrigen Niveau an ihre Lebensumstände anpassen, dass sie Interpretationen entwickeln, die ihnen die Anpassung ermöglichen und die ihnen den Weg für alternative Deutungen versperren.

Routinen haben zunächst eine entlastende Wirkung. Sie tragen dazu bei, Entwicklungen und Tatbestände nicht permanent befragen zu müssen, sondern sie hinnehmen zu können, Mechanismen der Bewältigung aufzubauen.

Solche Routinen können auch bedeuten, dass Menschen passiv werden oder resignieren. Teilweise entwickeln sie eine hohe Toleranz gegenüber Belastungen. In der medizinischen Notversorgung wohnungsloser Menschen, ist es immer wieder erschreckend, wie lange Betroffene Krankheiten und Wunden ertragen, ehe sie einen Arzt aufsuchen. Von überschuldeten Personen ist bekannt, dass sie Briefe nicht mehr öffnen, wichtige Fristen verstreichen lassen und damit beispielsweise den Verlust ihrer Wohnung riskieren. Routinen, Interpretationen der eigenen Lebensumstände und die Anpassung an Entbehrungen tragen dazu bei, dass persönliche Bemühungen, die Lebensumstände zu verändern, im Extremfall schon die Vorstellung anders zu leben, ausbleiben. Diese Haltung ist die Folge einer längeren Entwicklung. Während zu Beginn einer Armut- und Arbeitslosenkarriere viele Betroffene Initiativen starten um Veränderungen herbei zu führen, lassen ihre Anstrengungen nach, wenn sie immer wieder enttäuscht werden.

Menschen in Armut haben häufig das persönliche und soziale Gefühl, der Anforderung ihrer Umgebung nicht gewachsen zu sein.

Scham in Verbindung mit Armut entsteht dann, wenn Menschen ihre Lebensumstände als Folge persönlichen Scheiterns interpretieren und/oder wenn sie von anderen wegen ihrer materiellen Probleme sozial zurückgesetzt werden. Die alltäglichen Erfahrungen der Betroffenen verstärken dies.

Armut, verstanden als Verstoß gegen Normen, ist eine denkbar schlechte Grundlage für ein robustes Selbstwertgefühl. Die Veränderung der Selbstauffassung der Ratsuchenden ist vielfach der Ausgangspunkt für weitergehende Veränderungen. Wenn Menschen in die beschriebenen Gefühle verstrickt sind, reichen instrumentelle Hilfen zur Überwindung der Armut nicht aus. Sie sind zuerst auf eine Verbesserung ihres Selbstwertgefühls angewiesen.

Hier sei an die Almosendiskussion erinnert. Eine Erstversorgung mit Bekleidung und Lebensmitteln ist sicherlich zwingend notwendig. Dennoch bleibt in einer reichen Gesellschaft - wie in Deutschland - die Frage zu stellen, warum so viele Menschen mittlerweile auf Lebensmittelausgabestellen und Kleiderkammern angewiesen sind und Routine und Stagnation setzen ein. Resignation und Gewöhnung an Armut hat stattgefunden.

Menschen in Armut, vor allem bei komplexen Problemen, machen täglich die Erfahrung, dass ihre Anstrengungen keine Erfolge bringen. In der sozialen Beratung kommt es darauf an, diese Kette negativer Erfahrungen durch gemeinsame Schritte mit den Ratsuchenden zu unterbrechen. Hierbei ist es wichtig, dass in einer **frühen** Phase der Beratung Interventionen ausgewählt werden, die **rasche** Erfolge bringen.

Wir sprechen in der Arbeit von sogenannten Türöffnern, die z.B. praktisch zeigen, dass der Personalausweis, die polizeiliche Anmeldung erfolgt ist und dass der Mitarbeiter verlässlich ist. So kann Vertrauen geschaffen werden.

Die davon ausgehende ermutigende Wirkung kann Ratsuchende motivieren, sich auch auf längere Hilfeprozesse einzulassen, die nicht mit schnellen Erfolgen verbunden sind.

Vor dem Hintergrund multipler Problemlagen genügen einfache Appelle an die Selbsthilfeverpflichtung der Betroffenen nicht, um ihre Lage zu verändern. Um diesen Menschen in ihrer besonderen Situation respektvoll zu begegnen, sind ethische Erwägungen für die Gestaltung des Beratungsprozesses von großer theoretischer und praktischer Bedeutung.

Ein **akzeptierender, transparenter, Ziele vereinbarenden partnerschaftlicher Umgang**, der nicht entmündigt, ist unerlässlich. Der Betroffene ist durch langjährige Lernerfahrungen zum **Armutsprofi** geworden.

# **Lippe pro Arbeit (Hartz IV)**

von Ombudsmann Heinz Entfellner

Seit sich die Synode zum letzten Mal intensiv mit dem Thema „Armut“ befasst hat, hat sich das System der sozialen Sicherung in Deutschland entscheidend verändert. Zum 01.01.2005 wurden Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammengelegt zum Arbeitslosengeld II – auch Hartz IV genannt – und im SGB II verankert. So konnten auch ehemalige Bezieher/innen von Sozialhilfeleistungen Zugang zu Mitteln der aktiven Arbeitsmarktförderung erhalten.

Neue Instrumente dafür wurden die bedarfsorientierte, pauschalierte Grundförderung als Leistung zum Lebensunterhalt und die Kosten der Unterkunft, sowie das Prinzip des Förderns und Forderns.

Zur Durchführung dieser Aufgaben gründeten im Juli 2005 der Kreis Lippe und die Arbeitsagentur Detmold eine Arbeitsgemeinschaft, die Lippe pro Arbeit gGmbH.

Mit Stand 31. Dezember 2006 versorgte und betreute die Lippe pro Arbeit mit 271 Mitarbeiter/innen in etwa 14.000 Bedarfsgemeinschaften mit 31.000 Hilfeempfänger/innen mit einem Finanzaufwand von 130 Mio. Euro für das abgelaufene Jahr (davon 58 Mio. Kreis Lippe und 72 Mio. Bundesmittel).

Mit ihren Arbeitsvermittler/innen und Fallmanager/innen in Detmold, Bad Salzuflen, Lemgo und Barntrop leistet die lippische Arbeitsgemeinschaft dank der positiven konjunkturellen Entwicklung einen erfolgreichen Beitrag zur Integration der Alg II-Bezieher/innen in den Arbeitsmarkt. So betrug die Integrationsquote bei den unter 25-jährigen 29 %. Insgesamt steht die Lippe pro Arbeit im Leistungsvergleich mit den 43 ARGEN in NRW zurzeit auf Platz 2 der Arbeitsmarktintegration.

Dennoch darf nicht übersehen werden, dass Ende des letzten Jahres in Lippe immer noch 11.400 Frauen und Männer aus dem Rechtskreis des SGB II arbeitslos gemeldet waren, davon



über 1.000 Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren.

Die Berechnung und Auszahlung des Arbeitslosengeldes II ist in Lippe gut organisiert. In allen 16 Städten und Gemeinden wird bürgernah dieser Service vorgehalten, für einen Flächenkreis geradezu unverzichtbar. Neben der angesprochenen Ortsnähe hat sich die Lippe pro Arbeit auch die Zeitnähe der Bearbeitung von Antragstellung bis zur Entscheidung zum Ziel gesetzt. Sie soll 15 Tage betragen und wird ab 2007 auch gemessen. Damit wird sichergestellt, dass Hilfebedürftige schnellstmögliche finanzielle Unterstützung erhalten.

Um ihrem Anspruch im Punkt Kundenorientierung gerecht zu werden, hat die LPA ihr Beschwerdemanagement professionalisiert und im April 2006 als einzige Arbeitsgemeinschaft in NRW einen hauptamtlichen Ombudsmann berufen.

Kunden, die sich von Mitarbeitern der LPA nicht angemessen behandelt fühlen, können sich an den Ombudsmann wenden und erhalten unabhängig Hilfestellung.

So sehe ich es als meine Aufgabe, Personen und Gruppen ohne Sprachrohr eine Stimme zu geben, damit auch ihre Interessen Berücksichtigung finden.

Um Ihnen einen Eindruck von den Lebensverhältnissen von Alg II-Beziehern zu vermitteln, will ich darstellen von welchen Leistungen in welcher Höhe diese Menschen leben. Dabei werde ich auf Problemlagen hinweisen, mit denen ich in meiner Arbeit befasst bin:

- |
- Bedürftigkeit ist Voraussetzung
- geschütztes Vermögen (Versicherung, Hauseigentum)
- Einkommens-Anrechnung (Rückforderungen)
- Antragstellung (Unterlagen, Kontoauszüge)

## II

- Unterkunftskosten
- angemessene Größe
- angemessene Kosten

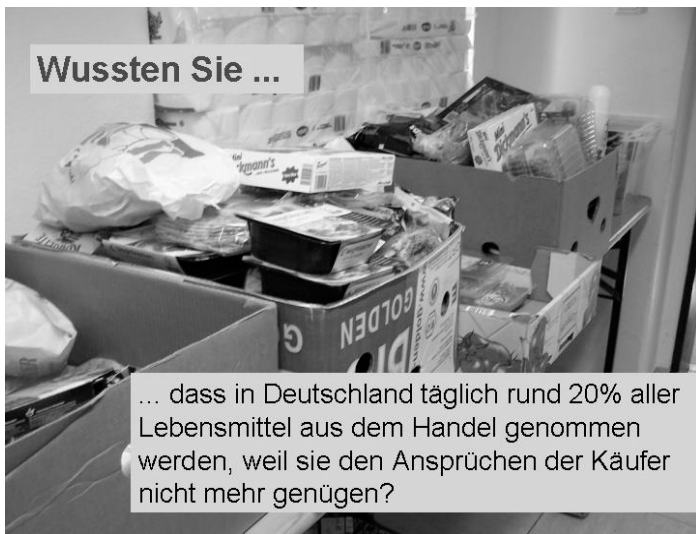
## III

- Regelleistungen zum Lebensunterhalt
- wie hat der Gesetzgeber die Höhe berechnet?
- in welcher Höhe sind die Regelsätze
- was muss davon bezahlt werden
- wie hoch sind die vorgesehenen Leistungen für einzelne  
Verbrauchspositionen

was nicht im Regelsatz eingerechnet und muss trotzdem bezahlt werden

# Tafel in Lippe – ein Beispiel für soziale Arbeit

von Pfarrer Michael Keil



## Arm sein



In NRW leben rund 2,57 Millionen Menschen in Armut. (14,3 %)  
Das Einkommen wird zu einem großen Teil für die Absicherung elementarer Lebensbedürfnisse benötigt.  
Besonders Haushalte mit geringem Einkommen verzichten auf den Kauf bestimmter Nahrungsmittel.

## Von der Hand in den Mund




- Viele Betroffene haben pro Tag nur ~4,50 € für Lebensmittel.
- Als Luxus gilt unter Armen oft schon das, was für die Mehrheitsgesellschaft als Alltagskost gesehen wird.
- Auf Fleisch wird meist ganz verzichtet.
- Frisches Obst ist selbst im Sommer noch zu teuer und auch Grundnahrungsmittel wie Milch gehören oft zu den Luxusgütern.

# Hunger

- Hat jemand weniger Einkommen, ist es noch schwieriger.
- Dann reicht die Menge der Lebensmittel nicht aus.
- Vor allem im letzten Monatsdrittel fällt es vielen schwer, eine einigermaßen ausgewogene Ernährung sicherzustellen.
- Die negativen Folgen für die Betroffenen:  
Hunger, Fehlernährung, Anfälligkeit für Krankheiten,
- Mögliche Konkurrenz von Nahrungsmitteln zu Genussmitteln wie Alkohol, Zigaretten und Drogen.
- Viele Arme schaffen es nur durch extremen Verzicht bis zum Monatsende durchzuhalten. Vielen gelingt es nicht.
- Sie sind auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen oder hungern.

## Wussten Sie ...



... dass es in Deutschland mehr als 700 Tafeln gibt, die Lebensmittel an Bedürftige verteilen?

## Zielsetzung der Tafeln



- Die Tafeln bemühen sich um Hilfe für die Ärmsten.
- Wir sammeln qualitativ einwandfreie Nahrungsmittel, die im Wirtschaftsprozess nicht mehr verwendet werden,
- Wir sammeln überschüssige Lebensmittel, die nach den gesetzlichen Bestimmungen noch verwertbar sind, ... und geben diese an Bedürftige ab.



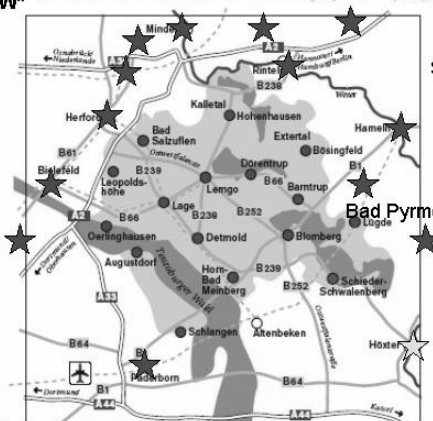
Die Tafeln arbeiten unabhängig von politischen Parteien und Konfessionen. Die Tafeln helfen allen Menschen, die der Hilfe bedürfen.  
(Aus: Tafelgrundsätze, Nr.4)



**Tafeln in den  
Nachbarkreisen NRW\***

- Porta Westfalica
- Minden
- Bad Oeynhausen (DW im KK Vlotho)
- Herford
  
- Bielefeld
  
- Gütersloh
  
- Paderborn
  
- im Kreis Höxter gibt es den „Tisch“ (Caritas)

**Die Tafel um Lippe (★)**



- Tafeln in  
Niedersachsen\***
- Bückeburg,
  - Stadthagen (DRK),
  - Rinteln (DRK),

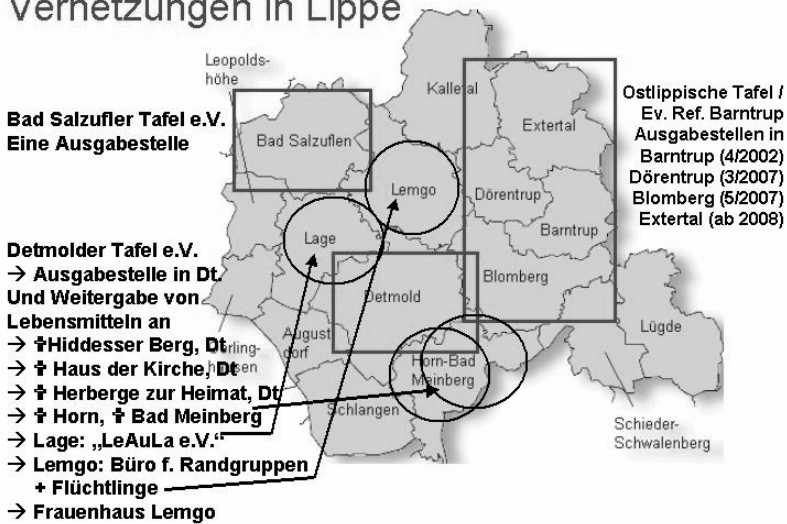
Hameln,  
Bad Pyrmont (in Gründung),  
Holzminden

\*wenn nicht anders angegeben sind die Tafeln als „e.V.“ organisiert

# Die Tafeln in Lippe



# Vernetzungen in Lippe





## Ostlippische Tafel – wer wir sind

Die „Ostlippische Tafel“ wird von Kirchen (Ev./Kath.) und Verbänden im Bereich der vier Kommunen Bartrup, Blomberg, Dörentrup und Extertal getragen.

Es arbeiten über 100 Ehrenamtliche mit.

Die Verwaltung liegt bei der Ev.-Ref. Kirchengemeinde Bartrup.

Bild: MitarbeiterInnen der Ausgabestelle Dörentrup

## Ostlippische Tafel – wie wir arbeiten

- Die Waren werden bei den Lieferfirmen abgeholt.
- In der Ausgabestelle werden sie fachgerecht eingelagert.
- Am Ausgabetag werden die Lebensmittel sortiert und auf ihre Brauchbarkeit überprüft.



## Ostlippische Tafel – wie wir verteilen

- Die Bedürftigen kommen in die Ausgabestelle, werden beim ersten Besuch registriert und müssen ihre Bedürftigkeit nachweisen. (Bescheide, Empfehlung(!) usw.)
- Sie zahlen je nach Familiengröße 1-2 € und erhalten eine zufällig gezogene Einlassnummer.
- In der Regel erhält jede/r: Brot, Fleisch, Wurst, Molkereiprodukte, Süßigkeiten, Käse, Obst, Gemüse, Trockenprodukte wie Mehl, Backmischung, Tütensuppen.



## Ostlippische Tafel – was dann noch passiert:

- Die Mitarbeitenden räumen auf, reinigen die Räumlichkeiten und Geräte.
- Einige Personen/Familien bekommen Lebensmittel nach Hause gebracht.
- In regelmäßigen Abständen gibt es Mitarbeitergesprächen
  
- Es kann immer nur das verteilt werden, was wir von den Lieferfirmen bekommen und es besteht kein Anspruch auf bestimmte Lebensmittel. Wir bemühen uns um ein ausgewogenes Sortiment. Wir können keine Grundversorgung einrichten.
- Die Deutsche Tafel e.V. hat sich zum Grundsatz gemacht, keine Lebensmittel zu kaufen und dann zu verteilen. Daran halten wir uns selbstverständlich.



## Ein wenig Statistik:

**Barntrup:** ca. 9.800 Einwohner

davon 9.475 Deutsche

325 andere Staatsangehörigkeit (3,3%)

**Armut in Barntrup: (August 2006)**

Grundsicherung 36 Personen (0,37 %)

SGB II (Hartz IV) 425 Bedarfsgem. = 910 Pers.

**ZUSAMMEN = 946 Pers. (9,65 %)**

## Ostlippische Tafel – Wen wir erreichen:

In der Kartei sind 113 „Bedarfs-  
gemeinschaften“ registriert

**Herkunftsländer:**

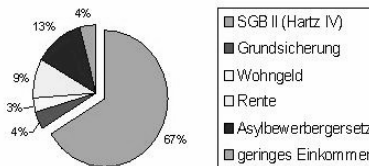
63 „Einheimische“ (56 %)

34 „Übersiedler“ (30 %)

16 Andere Nationalitäten (14%)

**Davon kommen ca. 75 pro  
Woche zur Ausgabe.**

**Einkommensarten  
(Mehrfachnennungen möglich)**



**Familiengrößen:**

40 x Einzelpersonen

16 x Zwei Erwachsene

9 Alleinerziehende: (3x 1K / 2x 2K / 4x 3K)

48 Familien (2 Erwachsene+ Kinder)

(11x 1K / 12x 2K / 11x 3K / 9x 4K / 2x 5K / 1x 7K / 1x 11K)

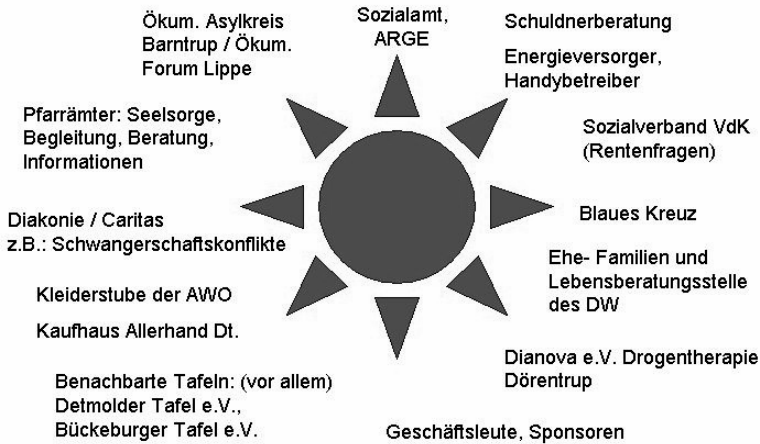
**332 Personen, davon 152 Kinder**

**Wir erreichen ca. 1/3 (36,5 %) der  
von staatlichen Leistung  
abhängigen Personen in Barntrup**



Haus der Begegnung, Barntrup  
(Sitz der Ausgabestelle Barntrup)

## Ostlippische Tafel – Vernetzungen:



## Ostlippische Tafel

getragen von Kirchen und Verbänden in  
Barntrup, Blomberg, Dörentrup und Extertal

Unser  
täglich  
Brot  
gib uns heute.  
Matthäus 6,11



**Einem Anderen geben, was er braucht.  
Ein Stück Brot - ein Lächeln - ein offenes Ohr.  
Jetzt – nicht irgendwann!**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

# Kinder in Armut und Bildungsgerechtigkeit

von Fachbereichsleiter Karl-Eitel John



„Armut hat schon früh ein Kindergesicht“

Lena Grawe, wiss. Mitarbeiterin Enquete-Kommission „Chancen für Kinder!“

„Wohlstand produziert Armut und in  
Deutschland geraten immer mehr Menschen  
in die Armuts-Wohlstand-Schere“

Prof. Dr. Horst Opaschowski - Zukunftsforscher

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John



- Bildungschancen in Deutschland sind stark an die soziale Herkunft gekoppelt.
  - Bildung und Kinderarmut stehen in engen Zusammenhang
  - Soziale Herkunft hat also massive Auswirkungen auf die Bildungskompetenz
- Armutsbericht NRW, Bund, Pisa-Bericht, Shell-Jugendstudie und UN-Menschenrechtskommission

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

- Existenzielle Armut
- Relative Armut
- Armut als mehrdimensionale Benachteiligung
- Finanzielle Handlungsspielraum ist wichtiger Indikator

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

- Einkommensarm sind Personen mit einem Nettoeinkommen unterhalb 615 €
- In NRW sind dies 2,6 Millionen gleich 14,3% der Bevölkerung
- Hauptbetroffene sind Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Migranten

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

- Lippe ist im Landesdurchschnitt weniger betroffen
- Ländliche Regionen liegen rund 12%
- In Lippe ist das Armutsrisiko aber kontinuierlich gestiegen
- Insgesamt 32.000  
davon 14.400 unter 25 Jahre  
davon 9.200 unter 15 Jahre

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

- **Kinder sind in besonderem Maße betroffen**
- **Fast jedes vierte Kind lebt in einkommensarmen Haushalt**
- **Gravierende Folgen für die Entwicklung**

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

„Armut bedeutet nicht zwangsläufig fehlende Nestwärme. Es fehlt das Wissen und die Anregungen, um die Potentiale der Kinder auszuschöpfen“.

Ute Küstermann, Sozialarbeiterin in der  
Tagespflege, Kreis Lippe

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

Fehlender Zugang zum Erwerb von  
Elternkompetenz

- Kurse
- Literatur
- Soziale Kontakte

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John



- Fehlende Elternkompetenz = weniger Unterstützungsmöglichkeiten beim „Lebenlernen“
- Fehlende Elternbildung = Schlechte gesundheitliche Bedingungen und fehlende Begleitungskompetenz

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

- Später oder kein Besuch einer KiTa
- Defizite in Sprach-, Spiel- und Arbeitsverhalten
- Sprachstandserhebung Delfin  
Durchfallquote 40,5%
- Kinder sind komplexen Belastungssituationen ausgesetzt

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

„Neben den Defiziten im Sprach- und Arbeitsverhalten sowie fehlender sozialer Kompetenzen, ist eine Häufung von Bewegungsmangel, Ernährungsfehlern und Verhaltensauffälligkeiten zu beobachten. Hier beginnt ein Kreislauf der eine Chancengleichheit verhindert“.

Bärbel Happ, Leiterin KiTa Abakus, Dörentrup

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

Auswirkungen der Defizite:

- Gehäufte Zurückstellung bei der Einschulung
- Klassenwiederholung bei fast jedem dritten armen Kind in der Grundschulzeit

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

Eltern und insbesondere Alleinerziehende sind durch die Anstrengungen die Situation zu verändern immer weniger in der Lage, ihre Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsaufgaben positiv auszufüllen.

- Stat. Hilfen 105 Kinder und Jugendliche
- Ambulante Hilfen 460 Kinder und Jugendliche

Stand April 2007

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

„Von Armut betroffene Kinder und Jugendliche sind häufiger krank und werden häufiger vernachlässigt. Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Armut und Versorgungs- und Entwicklungsdefiziten. Je länger die Armut andauert desto wahrscheinlicher ist die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen zur Sicherung des Kindeswohls“.

Klaus Lükermann, Fachgebietsleiter Soziale Dienste, Kreis Lippe

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

## Die Auswirkungen auf die Kinder

- Stress
- Stigmatisierung
- Mangelndes Selbstwertgefühl
- Tabus
- Ausgrenzung
- Fehlende Teilhabechancen

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

Im Jahr 2006 insgesamt

### **2.600 Beratungsfälle**

- Familien-, Ehe-, Kinder- und Jugendberatung des Kreises Lippe
- Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen der Lippischen Landeskirche
- SOS Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
- Familien- und Schulberatung der Stadt Bad Salzufflen

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

„Armut bedeutet weniger soziale Kontakte,  
weniger Freunde, stärkere körperliche und  
seelische Belastungen und weniger  
Freizeitmöglichkeiten, um solche Belastungen  
Auszugleichen“.

Nicole Reineke, Sozialarbeiterin/-pädagogin in der Jugendarbeit,  
Kreis Lippe

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

- Armut ist schon in der Grundschule sichtbar  
(Materialien, Kleidung ....)
- Kinder aus privilegierten Elternhaus  
besuchen weiterführende und  
aussichtsreichere Schulformen
- Chancen ein Studium aufzunehmen liegen  
7,4fach höher

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

Steigende Qualifikationsanforderungen der  
Wirtschaft führen zu einer Verdrängung von  
Jugendlichen mit Hauptschulabschluss und  
tendenziell zum Ausschluss von  
Jugendlichen ohne Abschluss

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

- Betroffen sind insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund
- In keinem Land sind die Kompetenzunterschiede größer als bei den in Deutschland geborenen Migranten

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

„Obwohl überwiegend in Deutschland geboren oder aufgewachsen, sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im Bildungssystem wesentlich weniger konkurrenzfähig. Die Bildungsstatistik zeigt eine eindeutige Unterrepräsentation in höheren Bildungsgängen“.

Sabine Beine, Fachgebietsleiterin Ausländerangelegenheiten,  
Kreis Lippe

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

- Bildung ein Schlüssel
- Kein Allheilmittel für soziale Fragen

„Bildung ist eine entscheidende Voraussetzung, damit ökonomische Armut nicht in kulturelle und soziale Armut transferiert wird“.

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen  
Jugendinstituts

Bärbel Kuhlmann-Engel  
Karl-Eitel John

# Wie reagiert die Kirche auf Armut

von Ruth Gantschow (Diakonisches Werk)

## Welche Angebote gegen Armut gibt es in der Diakonie Lippe derzeit?

In Lippe gibt es 14.000 Bedarfsgemeinschaften (knapp 50.000 Personen) nach SGB II / mehr bekannt als Hartz IV. Davon sind 9.200 Kinder. Die materielle Ausstattung ist als Armutsgrenze zu bezeichnen.

Der Begriff der Armut ist unterschiedlich zu benennen: materielle Notlagen, Randgruppenprobleme, gesundheitliche oder geistige Störungen können Armut begünstigen, Bildungsdefizite, diese Voraussetzungen führen dazu, dass viele Arbeitsbereiche unseres Werkes zumindest in Schnittmengen mit Menschen (im Rahmen der Sozialpädagogischen Familienhilfe, des Jugendmigrationsdienstes, der Beratung in Kindertageseinrichtungen) arbeiten, die von Armut betroffen sind. Außerdem gibt es die nachstehenden klassischen Angebote, wie:

### Diakonische Hilfen

Das DW Lippe bietet im Rahmen der diakonischen Hilfen während offener Sprechstunden Beratung und Begleitung von persönlich vorschprechenden Klienten an.

In diesem Bereich gibt es eine enge Kooperation mit den Kirchengemeinden, der Herberge zur Heimat und den zahlreichen Beratungsstellen verschiedener Träger der freien Wohlfahrtspflege.

### Flüchtlingshilfe

Das DW Lippe bietet im Rahmen der Flüchtlingshilfe während offener Sprechstunden Beratung und Begleitung von persönlich vorschprechenden Klienten an.

Im Bereich der Flüchtlingsarbeit wird in Kooperation mit dem Ökumenischen Forum, Ehrenamtlichen aus Kirchengemeinden und Asylkreisen Hilfe organisiert.



## **Aufbau von second hand Vorräten, Weitergabe an Bedürftige**

Da neben der Beratung und Begleitung von Ratsuchenden häufig auch immer die Ausstattung bzw. Beseitigung finanzieller Probleme steht arbeiten wir auch in den verschiedensten Gremien mit über die wir dann unseren finanziellen Spielraum für Klienten erweitern können.

Hier sind insbesondere zu benennen:

### **Mutter-Kind-Stiftung**

die Mu.-Ki.-Stiftung wird durch das Ev. Beratungszentrum verantwortet. Aufgrund der großen Anfrage und der Beachtung der Fristen können häufig nicht alle Berechtigten versorgt werden. Durch zusätzliches Einwerben von Spenden bemühen wir uns, stets einen kleinen Mutter-Kind-Fonds vorzuhalten i.d.R. für ganz junge Mütter, um hier bei besonderen Fällen helfen zu können. Hier besteht auch eine Zusammenarbeit mit der Fürstin-Pauline-Stiftung und der dortigen Mutter-Kind-Einrichtung.

### **Aktion Lichtblicke**

Diese seit einigen Jahre bestehende Aktion der privaten Radiosender (Radio NRW, Radio Lippe usw.) hilft individuell Familien in Not. Die Wohlfahrtsverbände geben zu jedem Fall eine fachlich sachliche Begründung ab und verwalten das bewilligte Geld treuhänderisch und tragen die Verantwortung dafür, dass das Geld zweckgebunden ausgegeben wird.

Nicht nur das Diakonische Werk partizipiert hiervon, sondern auch die diakonischen Einrichtungen, deren Mitarbeiter sich für ihre Klienten einsetzen. Ebenfalls haben vereinzelt auch Kirchengemeinden dort Anträge für besonders schwierige Familienschicksale dort gestellt.

### **Spendenparlament**

Das Spendenparlament ist durch das Diakonische Werk initiiert und gegründet worden. Das Diakonische Werk leistet nach wie vor den organisatorischen Rahmen dieses Vereins. Das Spendenparlament unterstützt Gruppen und Projekte, die sich gegen Armut, Arbeitslosigkeit, private Überschuldung und Obdachlo-

sigkeit wendet. Mit den Projekten soll die soziale Integration von Benachteiligten erreicht werden.

Die Mitglieder (Parlamentarier) können in den Vergabebesitzungen über Anträge mitbestimmen, somit haben Sie Einfluss darauf, wer oder was gefördert wird.

### **Neue Herausforderungen an das Diakonische Werk**

Die Politik hat inzwischen wahrgenommen, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Bürgern Probleme hat mit dem „Einkommen“ auszukommen. Mit neuen Angeboten soll versucht werden eher Hilfen anzubieten. So sind im Bereich der Jugendhilfe zwei neue Gesetze auf den Weg gebracht worden; Familienzentren und Mehrgenerationenhaus..

### **Familienzentren**

Entwicklung von Kindertageseinrichtungen KTE's mit einem Angebot v. verschiedener Beratungsdienste, die ihre Leistung in KTE anbieten, die somit ein niederschwelliges Angebot für Familien darstellen.

### **Mehrgenerationenhaus**

welches ebenfalls die Möglichkeit bietet ein niederschwelliges Angebot/leicht zugängliches Beratungsangebot und Dienstleistungen für die Besucher organisiert.

### **Gastelternprojekt**

Bei erzieherischen Problemen in Familien wird häufig eine Fremdunterbringung erforderlich, bevor es zu einem teuren Heimunterbringung kommt, soll in diesem Projekt Kindern ermöglicht werden durch viel Zuwendung sich als angenommen zu fühlen und so neue Erfahrungen zu sammeln, um wieder besser im Alltag zurecht zu kommen.

### **Jugendmigrationsdienst**

Beratungsangebot für junge Menschen (12 bis 27 Jahre) mit Migrationserfahrung. In der Regel aus Aussiedler zugewanderte Menschen, die als stärkstes Armutproblem mangelnde Schulbildung haben.

### **Maßnahmen für Langzeitarbeitslose**

Organisation von sogenannten 1 € - Jobs in diakonischen Einrichtungen. Viele Teilnehmer dieser Maßnahme haben sehr davon profitiert, haben teilweise Quereinstiege in Berufsausbildungen, Fortbildungen und versicherungspflichtige Beschäftigung gefunden.

Das Diakonische Werk versteht sich in all den beschriebenen Aufgabenbereiche als Berater und Begleiter betroffenen Menschen die um Unterstützung bitten.

# Verhandlungsbericht

Dem Verlauf der 2. Tagung der 34. ordentlichen Landessynode liegt die Tagesordnung des Landeskirchenrates vom 27. April 2007 – geändert zu TOP 11 am 25.5.2007 (Anlage 2) – zu Grunde (Anlage 1)

## Freitag, 1. Juni 2007

### Eröffnungsgottesdienst in der Kirche zu Stapelage

Die zweite Tagung der 34. ordentlichen Landessynode wird mit einem Abendmahlsgottesdienst in der Kirche zu Stapelage – gestaltet von der Klasse Lage – eröffnet. In seiner Predigt (Anlage 3) über „Unser tägliches Brot gib uns heute“ (Matth. 6,11) mahnt *Superintendent Ernst-August Pohl* die Synodalen, in der Nachfolge Jesu genauer hinzusehen auf die Armut vor der Haustür und in Lippe. Die Kirche müsse sich stärker engagieren und sich Fragen nach Ursachen und Lösungen stellen. *Pohl*: „Unser tägliches Brot gibt uns heute...“ Diese Bitte im Vaterunser ist schnell gesprochen, geht leicht über die Lippen, wenn der Magen nicht knurrt, wenn mit dem Einkommen ein gutes Auskommen ist. Dennoch bringt diese Bitte zum Ausdruck: Das tägliche Brot genügend zu haben, ist nicht selbstverständlich. Auch bei uns in unserer Region nicht. Oder nicht mehr. Auf jeden Fall nicht mehr so selbstverständlich wie etwa noch vor 15 Jahren.“ Vielen sei in Lippe nicht mehr so klar, was zum täglichen Brote dazugehöre. Eine Vollzeitstelle oder zwei Halbtagsbeschäftigungen? Oder sei man schon glücklich, einen Zweijahresvertrag bekommen zu haben für das tägliche Brot? Dreimal in der Woche Fleisch oder nur noch zweimal? Ein Auto oder doch nur ein Fahrrad? Trage man die Schuhe jetzt drei oder vier Monate länger? Und im schlimmsten Fall: Wovon leben, wenn am Ende des Geldes noch so viel Monat übrig bleibe? Diese Fragen, so *Pohl*, stellen sich auch in Lippe immer öfter. „Unser tägliches Brot gib uns heute...“ Eine Bitte, die die Gemeinschaft deutlich im Blick habe. Es gehe um unser Brot. Nicht nur und ausschließlich um mein Brot. Wenn ein Glied

leidet, leidet die ganze Gemeinschaft. Diese paulinische Erkenntnis gelte auch für die Gesellschaft. Kurzfristig möge es von Vorteil sein, die eigenen Pfründe zu sichern, die eigenen Dinge durchzudrücken auf Kosten der anderen. Langfristig bedrohe dies in der Tiefe aber den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Der aktuelle Sozialbericht des Landes Nordrhein-Westfalen belege, dass im Augenblick die Kinder unter dem finanziellen Druck am meisten zu leiden hätten, weil Geld für Bildung, Kleidung und Gesundheit fehle. Der Raubbau an der Zukunft, so *Pohl* weiter, dürfe nicht einfach zur Tagesordnung übergehen lassen. Die Kirche dürfe solche Fragen nicht einfach im Raum stehen lassen, die einer Antwort bedürfen – aus Sorge um die Menschenwürde, aus Sorge um die Zukunft der Gesellschaft – und dies in Verantwortung und dem Wissen: „Die im Dunklen sieht Gott doch, so wie Jesus sie sah und stehen blieb.“ Genau hinsehen und nachfragen sei angesagt: „Wo gibt es Armut in unserer Region? Welche strukturellen Ursachen hat dies? Womit kann wirklich geholfen werden?“ Und wem, so der Prediger weiter, müsse man auch einmal gehörig auf das Dach steigen und beharrlich auf die Nerven gehen, damit sich etwas ändert? *Pohl* fordert die Synode auf, in den Tagen der Beratung des Schwerpunktthemas nachzufragen, was das tägliche Brot sei, was dazugehöre und wem es fehle. Hinzusehen und nachzufragen, weil man die Augen nicht verschließen könne und wolle, weil der die Augen geöffnet hat, der das Licht der Welt ist, in dessen Licht alle stehen.

Die Landeskirchengemeinde spricht gemeinsam Psalm 74.1 und 2 und singt aus dem EG 452, 279, 262, 658, 221 und 171.

Der Abendmahlsgottesdienst in Stapelage wird mitgestaltet von *Syn. Jutta Pankoke, Pfarrer Klaus Sommer und Johannes Grote*.

Musikalisch begleitet wird der Gottesdienst durch *Kantor Volker Stenger* (Orgel).

Die Kollekte für das Arbeitslosenzentrum Blomberg erbringt 272,28 Euro.

# 1. Verhandlungstag: Freitag, 1. Juni 2007

## TOP 1      **Eröffnung, Begrüßung, Namensaufruf, Verpflichtungen**

*Präses Stadermann* eröffnet die Verhandlungen zum ersten Sitzungstag und begrüßt die ordentlichen sowie die in Stellvertretung teilnehmenden Synodalen.

Sodann begrüßt der Präses vom Kollegium des Landeskirchenamtes Landessuperintendent Dr. Martin Dutzmann, Kirchenrat Dr. Arno Schilberg und Kirchenrat Andreas-Christian Tübler sowie als ständige Gäste die Landespfarrer Pompe und Klaassen. Ein weiterer Gruß gilt den Mitarbeitenden des Landeskirchenamtes. Danach begrüßt er die Vertreter der Presse sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Konvente: vom Konvent der Studentinnen und Studenten sowie Vikarinnen und Vikare Merle Runte und Hendrik Meier, vom Jugendkonvent Friederike Bracht und Johannes Busse.

Von den vom Synodalvorstand zu dieser Tagung eingeladenen Gästen begrüßt *Präses Stadermann*

- Kirchenrat Rolf Krebs, Ev. Büro bei Landtag und Landesregierung NRW
- Weihbischof Manfred Grothe, Erzbistum Paderborn
- Ökumenereferent Msgr. Dr. Michael Hardt, Paderborn
- Oberkirchenrat Jürgen Dembeck, Ev. Kirche im Rheinland
- Pfarrer Jörg Schmidt, Reformierter Bund.

Einen besonderen Willkommensgruß richtet der Präses an die Referenten zum Schwerpunktthema des heutigen Verhandlungstages (s. Foto):

- Dipl. Sozialarbeiter Matthias Neuper, Herberge zur Heimat
- Ombudsmann Heinz Entfellner, Lippe pro Arbeit
- Fachbereichsleiter Karl-Eitel John, Kreis Lippe
- Pfarrer Michael Keil, Tafel in Extertal-Barntrop



Fachreferenten zum Schwerpunktthema  
Karl-Eitel John, Matthias Neuper  
Heinz Entfellner, Michael Keil (v.l.n.r.)

*Präses Stadermann* dankt den Synodalen Superintendent Ernst-August Pohl, Pfarrer Klaus Sommer, Jutta Pankoke, Johannes Grote und Kantor Volker Stenger für die Gestaltung des Abendmahlsgottesdienstes und für die Predigt mit Bezug auf das Schwerpunktthema.

Die Landessynode erhebt sich von ihren Plätzen. Worte des Gedenkens spricht der *Präses* für die am 18. März 2007 verstorbene langjährige Synodale und als erste Frau in den Landeskirchenrat (1979 – 1985) berufene *Hildegard Kramer*. *Präses Stadermann* betont, *Frau Kramer* habe in kirchenpolitischen Fragen klare Positionen bezogen und durch ihre freundliche und versöhnliche Art hilfreich an Entscheidungen der Landessynode und des Landeskirchenrates mitgewirkt. Der Nachruf steht unter dem Wochenspruch aus Johannes 12,24.

Zu den sog. „Runden Geburtstagen“ seit der konstituierenden Sitzung im Frühjahr gibt *Präses Stadermann* der Synode zur Kenntnis, dass *Syn. Hildegard Linari*, die an dieser Tagung nicht teilnehmen kann, einen runden Geburtstag feiern konnte und auch der anwesende *Synodale Heinz-Wilhelm Depping*.

Der **Namensaufruf** ergibt die Anwesenheit der nachstehenden Synodalen (Anlage 4):

### **Klasse Bad Salzuflen**

Christiane Nolting, Markus Honermeyer in Vertretung von Wiltrud Holzmüller, Matthias Neuper, Gert Deppermann, Brigitte Kramer, Kerstin Koch.

### **Klasse Blomberg**

Hermann Donay, Friederike Heer, Katrin zur Lippe, Dr. Udo Süthoff, Horst-Dieter Heidrich. Der Platz von Holger Postma bleibt frei, da auch seine Vertreterin, Ursel Rosenhäger, verhindert ist.

### **Klasse Bösingfeld**

Dr. Werner Weinholt, Michael Stadermann, Peter Ehlers, Sigrid Dreier in Vertretung von Hildegard Linari, Wilfried Brakemeier, Rolf Sandmann.

### **Klasse Brake**

Dirk Hauptmeier, Horst-Dieter Mellies, Heinz-Wilhelm Depping, Udo Siekmann, Arndt Stienekemeier, Gregor Bloch.

### **Klasse Detmold**

Claudia Ostarek, Johanna Kunz, Dr. Hans-Jürgen Dohmeier, Bärbel Janssen, Gertrud Wagner. Der Platz von Friedrich Wilhelm Kruehl bleibt frei, da auch sein Vertreter, Robert Noll, verhindert ist.

### **Klasse Horn**

Dr. Thomas Friebel, Michael Fleck, Werner Haase, Willi Ostermann, Brigitte Brandt, Heinz Kriete.

### **Klasse Lage**

Ernst-August Pohl, Klaus Sommer in Vertretung von Thomas Kebesch, Erich Schormann, Jutta Pankoke, Johannes Grote, Annette Kerker.



## **Lutherische Klasse**

Andreas Lange, Steffie Langenau, Richard Krause, Heinrich Schinkel in Vertretung von Herbert Winkler, Gerd Alers, Rainer Johannes Homburg, Dirk Henrich-Held, Brigitte Wenzel, Werner Stelzle, Dr. Burkhard Steglich.

## **Berufene Mitglieder**

Burkhard Geweke, Annette Wolf in Vertretung von Renate Niehaus, Rainer Giesdorf, Prof. Tilmann Fischer, Hartmut Wiesinger. Der Platz von Prof. Dr. Michael Weinrich bleibt frei, da es noch keinen Vertreter gibt.

Die Landessynode ist mit 55 anwesenden von insgesamt 58 Mitgliedern beschlussfähig.

Die Synode erhebt sich von ihren Plätzen. Verpflichtet werden gemäß Art. 90 der Verfassung die Synodalen Markus Honermeyer, Sigrid Dreier, Klaus Sommer, Heinrich Schinkel, Richard Krause, Annette Wolf und Rainer Giesdorf.

## **TOP 2            Grußworte der Gäste**

Grußworte sprechen im Einzelnen:

- Weibischof Manfred Grothe
- Pfarrer Jörg Schmidt
- Oberkirchenrat Jürgen Dembeck
- Kirchenrat Rolf Krebs.

*Weibischof Manfred Grothe* hebt die gute ökumenische Zusammenarbeit hervor. Viele Beispiele wie der jährliche gemeinsame Vespergottesdienst oder das Schulprojekt für die Ausbildung von evangelischen und katholischen Religionslehrern zeigen, wie wichtig die ökumenische Zusammenarbeit bleibe. Die von den großen Kirchen wechselseitige Anerkennung der Taufe wertet *Grothe* als „ökumenisches Signal“ für die Fortdauer des Miteinanders der Kirchen.

Für den Generalsekretär des Reformierten Bundes, *Pfarrer Jörg Schmidt*, macht das Synodenthema „Armut in Lippe“ deutlich, dass soziales Engagement und die Beschäftigung mit der Zukunft der Kirche nicht auseinander fallen müssen. Der Gast spricht sich dafür aus, das evangelische Profil deutlicher zu machen. „Wir können Menschen nur dann eine Heimat geben, wenn wir nicht verschweigen, wer wir sind.“

Die Option für die Armen sei kein Nebenthema der biblischen Tradition, sagt der rheinische *Oberkirchenrat Jürgen Dembeck*. Vielmehr sei es das Herzstück des Glaubens, sich der Armen zu erinnern. Der rheinische Theologe ruft dazu auf, „stehen zu bleiben, hinzusehen und nachzufragen – das Herzstück biblischen Glaubens zu vermitteln mit den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen; es umzumünzen in das Kleingeld tagtäglich-er Mühen und Arbeit, Armut zu minimieren.“

Der Beauftragte der evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, *Kirchenrat Rolf Krebs*, sieht die Kirchen gefordert, ausreichend Kindergartenplätze für Kleinkinder zur Verfügung zu stellen. Kinder dürften kein Armutsrisiko sein, erklärt Krebs. Deshalb begrüßt er das Vorhaben des Landes NRW, die Angebote von 2,8 Prozent auf rund 20 Prozent aufzustocken. „Auch da werden wir unseren Auftrag wahrnehmen“, sagt *Krebs*. Die Kirchen dürfe die hohe Zahl armer Kinder und Jugendlicher in NRW nicht kalt lassen, so Krebs in seinen weiteren Ausführungen. Nach dem von NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann vorgestellten Sozialbericht gelten rund 800.000 Schüler und Jugendliche sowie 1,5 Millionen junge Erwachsene in NRW als arm. Laumann habe auch die Kirchen ausdrücklich aufgefordert, sich an der Bekämpfung von Armut und Bildungslosigkeit zu beteiligen, so Krebs.



Gäste der Synode (links im Bild)

Die von den Gästen an beiden Verhandlungstagen gesprochenen Grußworte sind im Wortlaut zu Protokoll genommen (Anlagen 5 – 8).

Frühstückspause: 11.00 – 11.20 h.

### **TOP 3      Schwerpunktthema „Armut in Lippe“**

*Präses Stadermann* erinnert an den Beschluss der Synode von Januar 2007, sich mit Armut in Lippe zu beschäftigen. Der Synodalvorstand habe den Beratungen mit der Tagesordnung ein Gerüst gegeben. Bei der Vorbereitung sei aber deutlich geworden, dass es zum Thema Armut ein breites Bild gebe. Mit der Auswahl der Referate würden einige Schlaglichter, bezogen auf die Region Lippe, gesetzt. Die Thematik solle dann am Nachmittag in vier Arbeitsgruppen, wo die Referenten noch zur Verfügung stünden, mit Gesprächsleitern vertieft und erweitert werden. Dies solle Klarheit schaffen, um Menschen, die in den

Gemeinden an der Tür klingeln, die richtige Hilfe anzubieten, aber auch, um „anzuhalten, stehen zu bleiben, genau hinzuschauen und nachzufragen“ (s. Eröffnungspredigt). Kirchenrat Krebs habe, so der *Präses* weiter, an den Armutsbericht erinnert. Auch er habe die Tagespresse aufmerksam verfolgt und eine erschreckende Häufung von Beiträgen zum Thema Armut bemerkt. Dies unterstreiche die Wichtigkeit der synodalen Verhandlung. *Präses Stadermann* dankt den Referenten für ihre Mitwirkung. Es sei mit ihnen verabredet, dass erste Nachfragen im Anschluss an die Referate gestellt werden können. Ansonsten stehe in den Arbeitsgruppen genügend Zeit dafür zu Verfügung.

### **3.1 Herberge zur Heimat**

*Diplom-Sozialarbeiter Matthias Neuper* beginnt seine Ausführungen mit einem Werbeslogan eines großen Möbelhauses „Wohnst du noch oder lebst du schon“. Dieser Satz habe ihn bei der Vorbereitung des Themas begleitet. Welche Steigerung gebe es? Es sei ein anderes Bild, das seine Arbeit bestimme. Deshalb laute sein Vortrag: „Eine Bank ist kein Zuhause“. In seinem Referat betont *Neuper*, dass es sich die Gesellschaft nicht leisten könne, die Wohnungsfrage dem Markt zu überlassen. Deshalb sei es Auftrag der Herberge zur Heimat, Wohnraum zur Verfügung zu stellen und Menschen zu unterstützen, damit sie in ihrem neuen Wohnen zurecht kommen. Der Vortrag (Anlage 9), der im Wortlaut in dieser Dokumentation veröffentlicht ist, gliedert sich in

- Armut aus der Sicht von sozialer Beratung und Begleitung
- Angebote der Herberge zur Heimat

und schließt mit den Hinweis, dass ein „akzeptierender, transparenter, Ziele vereinbarender partnerschaftlicher Umgang, der nicht entmündigt“, mit Betroffenen unerlässlich sei.

*Präses Stadermann* dankt dem Referenten für seine Ausführungen. *Synodaler Hauptmeier* fragt nach der Definition, wer als „einkommensarm“ gilt. *Synodaler Henrich-Held* empfiehlt, hierzu die weiteren Vorträge abzuwarten, woraus sich die Frage dann beantworten werde.

### **3.2 Lippe pro Arbeit (Hartz IV)**

*Ombudsmann Heinz Entfellner* kritisiert, dass Kindern von arbeitslosen Familien die Bildung erschwert werde. „In dem Regelsatz von 345 Euro Arbeitslosengeld sind null Euro für Bildung enthalten“. Er plädiert auch für eine Kostenkontrolle bei Schulveranstaltungen, damit Kinder von ärmeren Familien nicht von vornherein ausgeschlossen werden. „Klassenfahrten für rund 600 Euro können sich Familien mit Arbeitslosengeld nicht leisten“. Das Impulsreferat (Anlage 10) ist in dieser Dokumentation mit den inhaltlichen Schwerpunkten veröffentlicht. Um der Synode zugleich einen Eindruck von den Lebensverhältnissen von Arbeitslosengeld II-Beziehern zu vermitteln, stellt *Entfellner* im Einzelnen dar, von welchen Leistungen in welcher Höhe diese Menschen leben (müssen). Dabei verweist er auf die Problemlagen, mit denen er bei der Arbeit befasst ist.

Der *Präses* dankt für den Vortrag. Nachfragen gibt es von den *Synodalen Stienekemeier* und *Hauptmeier*, auf die der Referent kurz eingeht.

### **3.3 Tafel in Lippe – ein Beispiel für soziale Arbeit**

*Pfarrer Michael Keil* stellt fest, dass immer mehr Menschen auf günstige Lebensmittelpenden angewiesen sind. Die seit 1993 bestehenden Tafeln sammeln qualitativ einwandfreie Lebensmittel und verteilen sie gegen einen symbolischen Betrag an sozial und wirtschaftlich benachteiligte Menschen. Dabei handelt es sich um Frischprodukte, die vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums nicht mehr verkauft werden können und von Händlern, Lebensmittelketten und Gastronomiebetrieben gespendet werden. Ein großer Teil der Berechtigten, die einen „Tafelausweis“ erhalten, gehört zur Gruppe der Hartz-IV-Empfänger. Die Powerpointpräsentation (Anlage 11) über die Tafelarbeit in Lippe am Beispiel der ostlippischen Tafel ist in dieser Dokumentation veröffentlicht.

*Präses Stadermann* dankt für die Ausführungen. Nachfragen von *Annette Kerker* und *Gert Deppermann* werden vom Referenten beantwortet.

### **3.4 Kinder in Armut und Bildungsgerechtigkeit in Lippe**

Der *Fachbereichsleiter beim Kreis Lippe, Karl-Eitel John*, betont, dass der Kampf gegen Armut auch eine Aufgabe der Kirchen und kirchlichen Wohlfahrtsverbände sei. Als besonders gravierend empfände er die wesentlich schlechteren Bildungschancen für Kinder aus ärmeren Familien. Wer Armut bekämpfen wolle, müsse deshalb die Bildungschancen für Kinder aus armen Familien wesentlich verbessern. Kinder aus besser gestellten Familien würden wesentlich häufiger eine weiterführende Schule besuchen. Jugendliche aus sozial schwachem Milieu sowie Migrantenfamilien hätten ein höheres Risiko, auch später arm zu sein. Nach Angaben von John leben rund 32.000 Menschen der rund 360.000 Einwohner in Lippe von Arbeitslosengeld II. Als arm gelten laut John 14.000 Kinder sowie 9.200 junge Menschen unter 15 Jahren. Die Ausführungen von *Karl-Eitel John* (Anlage 12) sind im Wortlaut in dieser Dokumentation veröffentlicht.

Der *Präses* dankt dem Referenten für seinen einführenden Beitrag. Nachfragen bestehen nicht.

*Präses Stadermann* erinnert an die Weiterarbeit am Schwerpunktthema in Arbeitsgruppen. Dabei seien im Vorfeld unter thematischer Erweiterung Verabredungen zur Gruppenleitung getroffen. Die Referenten des Vormittags sind gebeten, in den Arbeitsgruppen als Fachberater mitzuwirken.

Nach einer thematischen Interessenabfrage unter den Synodalen ergibt sich, dass es zweckmäßig ist, die Arbeitsgruppen 1 und 2 zusammenzufassen. Für die Arbeit in den Arbeitsgruppen nach der Mittagspause ist ca. eine Stunde vorgesehen.

Mittagspause: 13.15 – 14.15 h.

Die Arbeitsgruppen tagen in der Zeit von 14.15 – 15.40 h einschließlich einer sich anschließenden Kaffeepause.

## **TOP 4      **Aufbereitung des Schwerpunktthemas in Arbeitsgruppen****

### **Bericht der AG 1 Gesichter der Armut in unseren Gemein- den und AG 2 Arme Kinder in einem reichen Land**

#### **Gesprächsleitung Synodale Kerstin Koch**

*Landespfarrer Pompe* trägt die Beratungsergebnisse der Arbeitsgruppe vor.

Ein drängendes Problem besteht in Armutsfamilien bei der Finanzierung des Mittagessens in den offenen Ganztagschulen, Ressourcen des Familienlebens sind außer Geld auch soziale Infrastruktur, sprachliche Kompetenz, Großfamilie, gemeindliche / glaubensmäßige Einbindung. Armut ist oft ein Mangel an diesen Ressourcen, auch Mangel an Erziehungskompetenz (vgl. „soziale Arbeit“ / Karl-Eitel John).

Was kann die Kirche tun? Auf erkennbare Merkmale der materiellen Armut achten, bevor abgeleitete Formen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit treten (z.B. die eine Jogginghose im Winter und Sommer tragen).

Jugendliche Arme müssen trotz öffentlicher Aufmerksamkeit für Kinderarmut im Blick bleiben.

Vorhandene Strukturen in unseren Kindertagesstätten und der Familienbildung (z.B. Familien- und Nachbarschaftsprojekt „FUN“ der Familienbildung des DW/LLK nutzen, die bereits in den Armutsfamilien verankert sind).

Neue Idee: Plätze auf kirchlichen Freizeiten sponsern, Patenschaftsmodell wie Projekt „Familienpatinnen“ der Schwangerschaftsberatung im DW/LLK realisieren.

Gute „Ortskenntnis“ ermöglicht den respektvollen Zugang und Umgang mit Armen – dies ist besonders eine Chance der Pfarnerinnen/Pfarrer.

Kirche und Gemeinden sind ein „flächendeckendes Frühwarnsystem“ der Armut.

*Präses* und Synode danken Landespfarrer Pompe und den Arbeitsgruppen 1 und 2 für das Beratungsergebnis.

### **AG 3: Kein Auskommen mit dem Einkommen** **Gesprächsleitung Synodaler Henrich-Held**

*Synodaler Henrich-Held* berichtet, dass es für die Arbeitsgruppe zunächst darum gegangen sei, sich Lebenssituationen zu vergegenwärtigen, wo es kein Auskommen mit dem Einkommen gäbe. Eine Gruppe der von der Neuregelung SGB II Betroffenen sind die Jüngeren, die Anspruch auf Leistungen haben, und ältere Arbeitslose. Weiterhin betroffen sind die Menschen, die Hilfe durch die „Herberge zur Heimat“ erfahren. Bei Jüngeren unter 25 Jahren kommt aufgrund von Problemen beim Eintritt in das Berufsleben seit einigen Jahren Armut vor. Als Beispiele „neuerer Armut“ gelten Frauen und Männer, die 20 bis 25 Jahre gearbeitet haben, die durch Arbeitslosigkeit dann aus dem Netz herausfallen, und für die es keine Perspektive gibt – auch in Lippe nicht, weil nicht alle wegbrechenden Industriearbeitsplätze nicht durch Qualifizierungsmaßnahmen oder neue Selbstständigkeit aufgefangen werden können. Spätestens nach einem Jahr würden diese Menschen aus dem ALG-I-Bezug herausfallen und dann in den ALG-II-Bezug kommen.

Nach dieser Problembeschreibung vergewisserte sich die AG, wo Probleme der Arbeit in den Gemeinden vorkommen. Dabei wurde von unterschiedlichen Kontaktmöglichkeiten berichtet, z.B. wenn jemand bei der Kirchengemeinde eine Hilfe für Zahnersatz oder zur Konfirmanden- oder Schulfahrt seines Kindes oder Schulbücher beantragt. Kontakt ergibt sich auch in einer von der Gemeinde unterstützten oder betriebenen „Tafel“. In einer lippischen Gemeinde gibt es eine sog. Hartz-IV-Gruppe, die jedoch darunter leidet, dass sie so genannt wird (ein Namensumbenennung ist vorgesehen, um Stigmatisierung zu verhindern). Einzelkontakte können sich auch durch die mobile Arbeit mit Kindern ergeben, wenn sich Eltern daran beteiligen. Eine Ausnahme wird in dem Blumberger Arbeitslosenzentrum gesehen, wo in einer bestimmten Form ganz offensiv Probleme angegangen werden. Im Ergebnis, so die AG, bestehen aber nicht so viele Kontakte für Gemeinden. Ein Problem sei, dass die Betroffenen ihre Situation nicht offenbaren – ganz im Ge-



genteil: Häufig ist zu spüren, dass sie sich zurückziehen, so dass Probleme unerkannt bleiben.

Die Frage, was dagegen zu tun ist, konnte nicht beantwortet werden. Die AG empfiehlt in der Weiterarbeit, darüber nachzudenken, wie Betroffene in die Gemeinde „eingebunden“ werden können. Dabei sollte nicht in erster Linie die Geld- oder Sachspende in den Mittelpunkt gestellt werden, sondern nach den Talenten und Gaben des Einzelnen gefragt werden, wie er/sie diese wechselseitig nutzbringend in der Gemeinde einsetzen kann.

Präses und Synode danken für den Vortrag.

#### **AG 4 Altersarmut und das soziale Netz**

##### **Gesprächsleitung: Kirchenrat Andreas-Christian Tübler**

*Kirchenrat Tübler* stellt zwei Aspekte in den Mittelpunkt seiner Einführung. Auf der strukturellen Ebene besteht das Problem des demographischen Wandels, das in 25 bis 30 Jahren wahrnehmbar werde. Das kann dazu führen, dass es eine Armutsbio-graphie in Familien geben kann, d.h. nicht nur die Kinder und einzelne Eltern sind arm, sondern die Armut wird „vererbt“. Schon jetzt gebe es Armutsfamilien von den Großeltern bis zu den Kindern, die unter dem Existenzminimum leben müssten.

Ein wichtiger Aspekt in der AG war auch die Kenntnisnahme einer ganzen Reihe sog. 400-Euro-Jobs in den Kirchengemeinden, die von den Gemeinden aufgrund eigener Finanzprobleme initiiert sind. Das Problem wird darin gesehen, dass die Betroffenen einen Großteil ihres geringen Einkommens eigentlich zurücklegen müssten, um Altersarmut zu vermeiden. Dies sei aber wegen des geringen Entgeltes nicht möglich. Anders sähe es aus, wenn die Tarifreform der kirchlichen Mitarbeitenden endlich eingeleitet werden würde, um über Gehaltsstrukturen anders entscheiden zu können. Beim Thema Rentenversicherung sei im Übrigen bekannt, dass der Generationenvertrag in Frage gestellt wird. Der Lösungsvorschlag eines existenzsichernden Grundeinkommens ist genannt worden, war aber nicht konsensfähig.

Ein weiterer Aspekt war die Frage, was in den Gemeinden verbessert werden kann. Die Tafel sei zwar als „wunderbar“ angesehen worden, habe aber eine „Schattenseite“, weil sie Armut im gesellschaftlichen Kontext stabilisiert bzw. „hoffähig“ macht und nicht verhindert. Ein anderer Gedanke war, ob Betroffene die Gottesdienstvollzüge in den Gemeinden verstehen. Dazu sollten sich die Gemeinden fragen, ob sie die Sprache der Armen sprechen bzw. ob sich am diakonischen Profil etwas ändern muss. Manche Gemeinden möchten von sich aus ein neues soziales Netz – über z.B. die Tafel hinaus – knüpfen. Wer dies in den Gemeinden ebenfalls verfolgt und Ideen hat, möge kooperieren. Kirche und Kirchengemeinden sollten insgesamt eine Offenheit zeigen für innovative Projekte. In offenen Ganztagschulen ist beobachtet worden, dass es eine Reihe von Kindern – aus unterschiedlichen Gründen, auch in Folge familiärer Armut – gibt, die mittags keine Mahlzeit erhalten, die in der Schule angeboten wird. Die AG fordert eine warme Mahlzeit pro Kind und Tag für alle Kinder in der offenen Ganztagschule.

Die AG bittet bei der Weiterarbeit den Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Projekten im Blick zu haben und nicht das eine zu Gunsten des anderen aufzulösen.

*Präses Stadermann* und Synode danken für den Vortrag. Der *Präses* bittet um Nachfragen und um Vorschläge zur Weiterarbeit.

*Syn. Frau Ostarek* spricht sich dafür aus, nicht nur die Armut, sondern auch den Reichtum in Deutschland in den Blick zu nehmen. *Syn. Dr. Friebel* fordert, den Ursachen von Armut nachzugehen. *Syn. Kriete* hält im Falle des Erkennens von Armut Konsequenzen bei der Verteilung der Finanzmittel für nötig. *Syn. Hauptmeier* gibt zu bedenken, dass der Kirche in der Debatte über Armut bewusst sein muss, dass auch sie durch Einsparungen und Entlassungen für Arbeitslosigkeit und Armut verantwortlich sein kann. *Landessuperintendent Dr. Dutzmann* kritisiert das Menschenbild hinter den Sozialreformen. Die Be-

träge der Arbeitslosenhilfe seien deshalb so niedrig kalkuliert, weil es die Vorstellung gebe, mit mehr Geld würde sich der Mensch „auf die faule Haut legen“. Er fordert, an dieser Stelle etwas zu unternehmen. *Der Landessuperintendent* warnt zugleich davor, arme Menschen lediglich als „Objekte unserer Mildtätigkeit“ zu sehen. Er plädiert dafür, auch die Lebenserfahrungen der Menschen anzuerkennen.

## **TOP 5      Wie reagiert die Kirche auf Armut? – eine Augenblicksaufnahme**

Auf Bitte von *Präses Stadermann* berichtet *Ruth Gantschow* vom Diakonischen Werk der Lippischen Landeskirche. Sie beginnt ihren Vortrag mit dem Hinweis, dass es in Lippe 14.000 sog. Bedarfsgemeinschaften (knapp 50.000 Menschen) nach SGB II – heute bekannt unter Hartz IV – gibt. Davon seien 9.200 Kinder betroffen. Der Begriff der Armut sei dabei unterschiedlich zu benennen. In ihren weiteren Ausführungen gibt die Referentin einen Überblick über bestehende Hilfsangebote des Diakonischen Werkes in Lippe. Ihre Ausführungen abschließend, betont Ruth Gantschow, dass sich das Diakonische Werk in allen beschriebenen Aufgabenbereichen als Berater und Begleiter der betroffenen Menschen, die um Unterstützung bitten, verstehe. Sie dankt der Synode für die Förderung zugunsten der Diakonie. Der Vortrag (Anlage 13) ist im Wortlaut in dieser Dokumentation veröffentlicht.

*Präses* und Synode danken für den Vortrag. Wortmeldungen liegen nicht vor.

## **TOP 6      Beschluss der Synode**

*Präses Stadermann* fasst seine Eindrücke von den Vorträgen und Beratungen zum Schwerpunktthema kurz zusammen. Er schlägt vor, der Synode am zweiten Verhandlungstag einen Beschlussvorschlag vorzulegen, der vom Synodalvorstand am Abend des ersten Tages formuliert wird. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

## **TOP 7      Fragestunde**

Auf Nachfrage des *Syn. Lange* zur kirchlichen Unterrichtssituation erklärt *Kirchenrat Tübler*, dass an allen allgemeinbildenden Schulen in Lippe der Dienstag ab 14.00 Uhr für den kirchlichen Unterricht freigehalten werde.

*Präses Stadermann* dankt für die Beratungen und beschließt den ersten Verhandlungstag um 16.30 h mit Psalm 100 die Synode singt aus EG 503, 1 und 13.

## **2. Verhandlungstag: Sonnabend, 2. Juni 2007**

*Synodaler Mellies* hält eine Andacht zu Matthäus 16,18. Die Synode singt aus EG 295, 1 – 3 und 678. Die Andacht schließt mit der Segensbitte.

## **TOP 8      Eröffnung, Begrüßung, Namensaufruf, Verpflichtungen**

*Präses Stadermann* eröffnet die Sitzung des zweiten Verhandlungstages und begrüßt die Synodalen. Er dankt für die Andacht, die dem Protokoll beigegeben wird (Anlage 14).

Der Präses begrüßt die Mitglieder des Kollegiums des Landeskirchenamtes (Landessuperintendent Dr. Dutzmann, Kirchenrat Dr. Schilberg, Kirchenrat Tübler), Mitarbeitende des Landeskirchenamtes, die Landespfarrer und Vertreter der Presse. Ein besonderer Willkommensgruß gilt Landrat Friedel Heuwinkel (Kreis Lippe) und den Vertretern der Studentinnen und Studenten sowie Vikarinnen und Vikare und auch den Vertretern der Jugend.

Der Namensaufruf ergibt gegenüber dem ersten Verhandlungstag folgende Veränderungen (Anlage 15):

In der Klasse Bad Salzuflen bleibt der Platz von Superintendentin Christiane Nolting frei, da der Vertreter, Andreas Gronemeier, verhindert ist; ebenso frei bleibt in der Klasse Brake der Platz von Heinz-Wilhelm Depping, da die Vertreterin, Irmhild Dubbert, verhindert ist. In der Klasse Detmold bleibt der Platz von Friedrich Wilhelm Kruel frei, da der Vertreter, Robert Noll, verhindert ist. In der Klasse Lage ist Thomas Kebesch als ordentliches Mitglied gekommen für seinen am Vortrag anwesenden Vertreter Klaus Sommer. In der Luth. Klasse bleibt der Platz von Dirk Henrich-Held frei, da die Vertreterin, Ursula Siekmeier, verhindert ist. Den Platz im Synodalvorstand von Dirk Henrich-Held nimmt Dr. Burkhard Steglich ein. In der Reihe der berufenen Mitglieder bleiben die Plätze von Burkhard Geweke und Prof. Dr. Michael Weinrich frei, da der Vertreter der Kirchenmusik (Christian Kornmaul) verhindert ist bzw. weil es noch keinen Vertreter für Prof. Dr. Weinrich gibt.

Nach dem Namensaufruf stellt der *Präses* die Beschlussfähigkeit der Landessynode mit 52 anwesenden Synodalen bei 58 stimmberechtigten Mitgliedern fest.



Landrat Heuwinkel bei seinem Grußwort

*Landrat Friedel Heuwinkel* betont in seinem Grußwort (Anlage 16) für den Kreis Lippe und die 16 lippischen Städte und Gemeinden die gute Zusammenarbeit mit der Lippischen Landes-

kirche, die „auf Augenhöhe“ geschieht. Infolge der demographischen Veränderungen stehe man vor spannenden Herausforderungen in den unterschiedlichen Bereichen. Als Beispiele nannte der oberste Repräsentant des Kreises die Aufgabenfelder Familie, Bildung, Kultur, Freizeit und Gesundheit. Nach Einschätzung Heuwinkels wird der Wirtschaftsstandort und auch Wohlstand in Lippe in einer globalen Welt nur erhalten werden können, wenn die gemeinsamen Bereiche gemeinsam mit der Kirche weiter entwickelt werden. Dabei sei es wichtig, dass sich die Menschen wieder zur Heimat und zu ihren Dörfern mit ihrem jeweiligen Eigenleben bekennen.

Präses und Synode danken dem Landrat für sein Grußwort.

## **TOP 9            Perspektiven für ein Jahrzehnt – Weiterarbeit am Leitbild der Lippischen Landeskirche**

*Landessuperintendent Dr. Dutzmann* erläutert anhand der Vorlage (Anlage 17) die Zeitleiste zur Fortführung des Perspektivprozesses. Anknüpfend an die bei der konstituierenden Sitzung der Synode im Januar begründete Notwendigkeit zur Fortsetzung des Prozesses haben sich Landeskirchenrat und Superintendentenkonferenz darauf verständigt, eine Zukunftskonferenz zu veranstalten. Diese soll dem Ziel dienen herauszufinden, welche Aufgaben die Lippische Landeskirche hat. Dr. Dutzmann betont, dass, wenn die Entwicklung sich annähernd so vollzieht, wie von der EKD prognostiziert (Reduktion der Gemeindeglieder und Finanzen), dass es dann zu einer Verständigung über die von der Landeskirche noch zu leistenden Aufgaben kommen muss. In dem Zusammenhang müsse auch gesagt werden, was von der Landeskirche nicht mehr erwartet werden könne. Wenn diese Verständigung nicht erfolgt, werde es einen permanenten Verteilungskampf um das Geld zwischen Kirchengemeinden und der Landeskirche geben. An der Zukunftswerkstatt, die am 10. November 2007 in Stapelage vorgesehen ist, sollen etwa 100 Personen aus den Mitgliedern der Synode und aller Gemeinden beteiligt sein. Die Ergebnisse

der Zukunftswerkstatt werden der Herbstsynode 2007 zugeleitet. Die Synode könne, so Dr. Dutzmann, dann erklären, wo Prioritäten bzw. Posterioritäten gesetzt werden sollen. Mit der vorläufigen Entscheidung der Synode sollen die Frühjahrsklassentage 2008 befasst werden, um die Ergebnisse in den Regionen und Gemeinden rückzukoppeln. Der Frühjahrssynode 2008 bleibt es schließlich vorbehalten zu entscheiden, mit welchem Ziel das Leitbild „Wege und Horizonte“ um einen dritten Abschnitt „Was wir wollen und was wir tun“ fortgeschrieben werden soll. Für die Weiterarbeit seien nach der Überlegung des Landeskirchenrates ca. 18 Monate vorgesehen, so dass sich die Klassentage im Herbst 2009 mit den Arbeitsergebnissen der Konzeptgruppen befassen können, ehe die Herbstsynode 2009 das Leitbild endgültig fortschreibt. Danach bestehe dann Klarheit über den Weg der Lippischen Landeskirche bis 2017, so der Landessuperintendent. Abweichend vom ursprünglichen Vorhaben soll die Frage der Selbstständigkeit der LLK erst dann entschieden werden, wenn die sachliche Arbeit geschehen ist. Dr. Dutzmann: „Dann wird gesagt werden können, ob die Jahrhunderte alten Strukturen weiter tragfähig sind oder ob sie verändert werden müssen. Die Entscheidung der Selbstständigkeit steht deshalb am Schluss des Prozesses und bleibt auch solange offen.“ Der gesamte Leitbildprozess soll mit Rücksicht auf die Voten bei der konstituierenden Sitzung im Januar 2007 nun nicht eine Legislaturperiode umfassen, sondern in 2 ½ Jahren geleistet werden. Zu der Zukunftskonferenz: Landeskirchenrat und Superintendentenkonferenz haben sich darauf verständigt, eine so große Gruppe nicht selber zu moderieren, sondern sich externer Hilfe zu bedienen. Das Kollegium hat dazu Kontakt zur Beratungsfirma Adveris aufgenommen. Diese Firma hat bereits die Zusammenführung der Diakonischen Werke Rheinland-Westfalen-Lippe intensiv begleitet. Das Angebot mit den Kosten wird als Tischvorlage ausgeteilt und von Kirchenrat Dr. Schilberg erläutert.

*Kirchenrat Dr. Schilberg* führt in die Projektbeschreibung von Adveris ein (Anlage 18). Die Ausgangssituation beschreibt die derzeitigen Verhältnisse der Landeskirche mit den demogra-

phischen und finanziellen Fakten und Annahmen. Zielsetzung sei, so Dr. Schilberg, den Leitbildprozess bis zur Entwicklung einer Perspektive bis 2017 weiterzuführen. Dabei soll der Anstoß einer proaktiven Spar- und Zukunftsdiskussion mit umsetzbaren Maßnahmen erfolgen. Der Berateransatz umschreibt die Aufgaben von Adveris. Eine detaillierte Zeitleiste skizziert den Weg bis zur Zukunftswerkstatt und Zusammenfassung der Ergebnisse. Im September soll es Diskussionsgrundlagen geben, die rechtzeitig zugestellt werden sollen, um Rückmeldungen zu ermöglichen. Eine finale Arbeitsunterlage werde dann für die Zukunftswerkstatt formuliert, damit sich die Teilnehmenden vorbereiten können, sagt *Dr. Schilberg* zu. Die Zukunftswerkstatt wird mit einer großen Eröffnungsrunde und Einleitungsfragen (z.B. „Was macht die Lippische Landeskirche aus, was muss sie leisten?“) begonnen. Im weiteren Verlauf sind drei kürzere Impulsreferate vorgesehen, um eine Außensicht zur Lippischen Landeskirche zu erhalten. Die Weiterarbeit geschieht in offenen, themenbezogenen Arbeitsgruppen mit jeweils einem Moderator sowie Mentor als Themenkenner. Offenheit bedeute, so der leitende Jurist, dass jeder die Möglichkeit habe, von einer Station zur anderen zu wandern oder auch zu verweilen, um Anregungen zu geben. Zwischenzeitlich wird dann in großer Runde eine Zwischenbilanz gezogen, ehe die Arbeit in den Arbeitsgruppen ihre Fortsetzung findet. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sollen am Ende von den Moderatoren und Mentoren vorgestellt und zusammengefasst werden. Das Maximalangebot von Adveris mit einem breiten Stab von Moderatoren beläuft sich auf 21.500 Euro (zzgl. MwSt.). Eine Kostenreduzierung wäre denkbar, wenn auf externe Moderation in den Arbeitsgruppen weitgehend verzichtet werden würde (diese Position könnte auch von den Superintendenten wahrgenommen werden). Bei generellem Verzicht auf externe Beratung würden keine Kosten entstehen.

*Präses* und Synode danken für die einführenden Worte.



## TOP 10      **Aussprache und Beschlussfassung zum Perspektivprozess**

*Präses Stadermann* bittet um Wortmeldungen. Auf der Rednerliste stehen fast alle Synodalen und tragen so zu einem breiten Meinungsbild bei. Aus den Voten werden Kernaussagen zu Protokoll genommen.

*Syn. Frau Wagner* bittet das Wort „Generalverprobung“ zu erläutern, worauf *Dr. Schilberg* antwortet. *Syn. Kriete* plädiert dafür, sich komplett einer externen Beratung zu bedienen und rät von einer Mischform ab, weil lippische Moderatoren auch inhaltlich beteiligt sind. *Merle Runte* (Konvent der Studenten/Vikare) fragt nach der Beteiligung der Vertreter der Konvente, was durch Landessuperintendent *Dr. Dutzmann* als möglich bezeichnet wird. *Syn. Frau Holzmüller* fragt, wie die Themenauswahl zustande gekommen ist, worauf Kirchenrat *Tübler* antwortet (Themenverantwortung liegt bei der Landeskirche, Themenliste ist nicht abgeschlossen). *Syn. Frau Lange-nau* kritisiert, dass bisherige Beratungsprozesse viel Geld gekostet, aber nichts Wesentliches erbracht haben. Sie plädiert für eine inhaltlich-geistliche Besinnung, wofür Kirche steht. Dazu werde keine externe Hilfe benötigt. *Syn. Frau Wagner* äußert Bedenken zur Open-Space-Methode und bezweifelt, wie sich auf diesem Weg Möglichkeiten finden lassen.

*Syn. Frau Wenzel* sieht die inhaltliche Ausrichtung des Workshops nicht klar und bezweifelt, in Arbeitsgruppen zu Ergebnissen zu kommen. Irritierend sei für sie auch, dass zwar nicht mehr als fünf Arbeitsgruppen vorgesehen seien, obschon viel mehr Themen vorgeschlagen sind. *Friederike Bracht* (Jugendkonvent) bezweifelt, ob das vorgeschlagene Verfahren sinnvoll ist, um die eigentlichen Fragen zu entscheiden. Sie fragt außerdem, ob die Firma *Adveris* die richtige Wahl darstellt. *Kirchenrat Dr. Schilberg* betont die Notwendigkeit einer Zukunftsentscheidung. Zwar hätten mittelfristige Planungen Ende der 90er Jahre und Impuls von *NordWestConsult* zu deutlichen Einsparungen und Stellenabbau geführt. Doch jetzt müssten Inhalte entschieden werden, die auch finanzielle Kon-

sequenzen haben werden. Die Methode von NordWestConsult sei nicht vergleichbar mit der Moderation von Adveris. Bei Adveris handele es sich um ein der Kirche nahestehendes Unternehmen, das große diakonische Einrichtungen berät. *Syn. Stelzle* äußert sein Unbehagen zur Arbeitsmethodik eines Workshops. Für *Syn. Frau Ostarek* ist die Zeitleiste gut durchdacht. Auch die Mitwirkung vieler an der Zukunftswerkstatt sei sinnvoll. Bei der Moderation plädiert sie – wie der *Syn. Kriete* – komplett für eine externe Begleitung. Sie empfiehlt, als Auswahlthema auch zu wählen, wo die LLK geistlich „steht“. Hierbei sollten die geistlichen Anfragen an die LLK aus der ökumenischen Visitation einbezogen werden.

*Syn. Mellies* sieht die Zukunftswerkstatt als „Eingangstor“ für Entscheidungen. Für eine geistliche Fokussierung müsse ein guter Ort gefunden werden. Entscheidungen sollten allein in der Hand der Synode liegen. *Syn. Hauptmeier* spricht sich für eine externe Moderation aus, sofern sich diese nicht zugleich als externe Beratung erweist. *Syn. Lange* fragt kritisch nach der Methode und befürchtet, dass die Ergebnisse beeinflussbar seien. Deutlich weist er auf das nach seiner Wahrnehmung eigentliche Problem der LLK hin: das ein geistliches Problem sei. Dies könnten die Moderatoren von Adveris, die Psychologen und Betriebswirte sind, nicht lösen. Weiterhin kritisiert *Lange* die Open-Space-Zukunftswerkstatt und fragt sich, was bei 100 Personen an einem solchen Tag herauskommen könne. Seines Erachtens liege ein wenig aussagefähiger Zeitplan ohne inhaltliche Vorgaben vor. Deshalb könne die Synode heute nicht beschließen. *Präses Stadermann* erinnert daran, dass die Zeitleiste den Klassentagen vorgelegen habe und stellt fest, dass die Synode auch abweichend vom Adveris-Modell entscheiden könne. *LS Dr. Dutzmann* hält die Beschlussvorlage des Landeskirchenrates für geordnet. Lediglich der Luth. Klassentag habe diese Zeitleiste kritisiert. Nach seiner Wahrnehmung haben alle Kirchen ein geistliches Problem. Dieses zu lösen, werde Jahre der Bearbeitung brauchen. Dagegen stehen finanzielle Probleme infolge der demographischen Entwicklung. Um einen innerkirchlichen Verteilungskampf zu vermeiden,

müsse man jetzt Vorbereitungen treffen und über Aufgaben entscheiden. *Syn. Frau Kramer* schlägt vor, an einen theologischen Moderator, z.B. aus dem Kreis emeritierter Pfarrerinnen und Pfarrer bzw. ehemaliger Synodaler, zu denken. *Syn. Postma* begrüßt die Diskussion. Seines Erachtens seien die geistlichen Probleme über Jahrzehnte gewachsen. Ohne externe Beratung werde man „im eigenen Saft schmoren“ und Prioritäten bzw. Posterioritäten nicht bestimmen können. Er plädiert für eine unmittelbare Beteiligung der Gemeinden an diesem Prozess. *Syn. Pohl* bezeichnet die Zukunftswerkstatt als notwendig, um Ideen hervorzubringen, während die Synode entscheiden muss, nicht die Moderatoren. Er sieht in der Beauftragung von Adveris, was das Ergebnis anbelangt, das geringere Risiko gegenüber Moderatoren aus den eigenen Reihen. *Syn. Alers* votiert gegen externe Berater.

*Syn. Frau Langenau* erinnert an die Erweckungsbewegung, die auch nicht durch externe Beratung entstanden sei. Sie bezweifelt, dass die vorgesehene externe Beratung zu einem Urteil über den geistlichen Weg der LLK verhelfen werde. Auch die Zukunftswerkstatt an nur einem Tag könne nicht helfen. Andererseits bestehe die Notwendigkeit, finanzielle Konsequenzen zu regeln. Sie fragt sich, wer die Frage nach der Selbstständigkeit der LLK diktiere. *LS Dr. Dutzmann* hält es für erforderlich, intensiv für geistliche Orientierung zu sorgen, geistliche „Schäden“ ließen sich aber nicht so schnell beheben. Vordringlich seien die massiven, sich verschärfenden finanziellen Probleme zu lösen. Wenn dies nicht angegangen werde, sei die LLK absehbar handlungsunfähig. *Syn. Postma* fragt konkret nach geistlichen Schäden, worauf *Dr. Dutzmann* eingeht: Der geistliche Schaden bestehe in dem riesigen Traditionsabbruch. Viele Menschen könnten mit dem christlichen Glaubens nichts mehr anfangen. Andererseits gebe es aber auch positive Entwicklungen. *Syn. Homburg* sieht den Zeitplan als Teil der Tagesordnung. In dieser Zeitleiste gebe es den strittigen Fall der Zukunftskonferenz, was auch durch eigene Gremien zu leisten sei. Der Vorteil der Zukunftskonferenz liege jedoch in der Beteiligung. *Syn. Frau Ostarek* fragt sich unter der Thematik

„Selbstständigkeit der LLK“, ob diese weiterhin Schreibstube der Gemeinde sein solle und in ökumenischen und gliedkirchlichen Beziehungen stehen könne. Sofern Mitarbeitende und Finanzmittel mit einer Verwaltung dafür nicht mehr zur Verfügung stünden, müsse ein Anschluss an die Ev. Kirche von Westfalen erwogen werden. Es gehe also um die landeskirchliche Ebene, dabei müsse Erweckung mit bedacht werden. *Syn. Dr. Weinhold* sieht Adveris als Moderation, die bündelt. Alle 69 Kirchengemeinden sollten beteiligt sein. Er spricht sich für die Zukunftswerkstatt aus.

*Syn. Hauptmeier* erinnert an Paulus, der viele Briefe geschrieben hat. Eine solche Sicht von außen habe den frühen christlichen Gemeinden gut getan. – Dies aus eigener Kraft heute zu leisten, sei wohl nicht möglich. Deshalb mache eine externe Moderation Sinn. Geistliche Schwerpunkte und Entscheidungen seien jedoch allein Sache der Landeskirche und Synode. *Syn. Krause* fragt sich, warum nach NordWestConsult mit konkreten Ergebnissen erneut über die Zukunft nachgedacht werden müsse. Sei das Thema eigentlich der Anschluss an Westfalen? Im Westfalenblatt sei dies schon so gemeldet worden. *Syn. Donay* erinnert daran, dass frühere Beratungen in den Gemeinden nicht angekommen seien. Vorrangig müssten die Einleitungsfragen geklärt werden: Was macht die LLK aus, was muss sie leisten? usw. Hierbei sollten auch geistliche Inhalte zum Ausdruck kommen. *Syn. Siekmann* begrüßt die externe Moderation. Zugleich solle aber nachdrücklich überlegt werden, wie Menschen in die Kirche „zu bringen“ bzw. in der Kirche zu halten sind. Deshalb solle der Workshop geistliche Fragestellungen mit bedenken.

*Syn. Deppermann* kritisiert, dass in der Zeitplanung der unterschwellige Hinweis „Beschlüsse u.a. zur Selbstständigkeit der LLK 2017“ enthalten ist. Diese Frage sei das wichtige Thema in den Medien. Er betont, dass er die Probleme, die die Ev. Kirche von Westfalen hat, in Lippe nicht vertreten möchte. Wichtiger sei die Frage, „wie“ sich die LLK entwickeln solle, damit sie selbstständig, geistlich und auch finanziell sicher dasteht in der

Zukunft. Das „Wohin“ blockiere ein solches inhaltliches Nachdenken. *LS Dr. Dutzmann* weist auf den Zusatz „u.a.“ hin. Unterschwellig sei das Thema Selbstständigkeit in der Diskussion, z.B. durch die EKD. Aber auch intern sei das Thema präsent. Hierbei zeige sich, dass es kein Abwarten in solchen Fragestellungen geben könne, solange es noch einen Gestaltungsspielraum gibt. *Syn. Deppermann* bezeichnet am Beispiel der EU im Verhältnis zu Luxemburg die EKD-Anfrage nach der Selbstständigkeit kleiner Landeskirchen wie die Lippische als sehr problematisch.

*Präses Stadermann* erinnert daran, dass unter dem TOP 9 eine Entscheidung getroffen werden muss. Dabei gehe die bisherige Meinungsbildung in drei verschiedene Richtungen: Vorlagegemäß entscheiden (externe Begleitung) oder deutliche Kritik dagegen oder Mischmodell (externe und interne Moderation).

*Syn. Frau Wenzel* sieht es als vordringlich an, sich jetzt auf den Weg zu machen. Sehr schmerzhaft sei die geistlich-theologische Entwicklung. Zur Gestaltung der Zukunftswerkstatt schlägt sie vor, die Einleitungsfragen als Hauptthemen zu stellen. *Syn. Frau Wagner* sieht die Impulse aus der ökumenischen Visitation als wichtig an. *Syn. Postma* dankt dem *Syn. Deppermann* für seinen emotionalen Einwand. Nach seiner Einschätzung lassen sich inhaltliche Fragen als Zukunftsverpflichtung leichter lösen, wenn nicht zugleich die Selbstständigkeit auf der Agenda steht. Er fragt sich, ob sich die LLK nicht lediglich in allen Rechtsfragen an der EKvW und EKIR orientieren und trotzdem „anders sein könne in Selbstständigkeit“. *LS Dr. Dutzmann* betont, dass sich, sobald die LLK ihre Rolle als Landeskirche geklärt hat, auch eine Antwort auf ihre weitere Selbstständigkeit ergeben werde. Dies sei aber jetzt nicht zu bedenken. Unter Hinweis auf den Beitrag der *Syn. Frau Wenzel* empfiehlt der Landessuperintendent, die Einleitungsfragen in das Zentrum der Open-Space-Zukunftswerkstatt zu rücken und nicht die Einzelthemen, wie sie sich aus Folie 7 ergeben. *Syn. Prof. Fischer* begrüßt die Zeitleiste und spricht sich dafür aus, auf eine externe Moderation nicht zu verzichten. Er schlägt vor,

in einem Zwischenschritt die Kirchengemeinden an den Einleitungsfragen zu beteiligen.

*Syn. Lange* erklärt, dass die Frage nach der Selbstständigkeit der LLK durch die Presse hervorgerufen ist. Nach seiner Auffassung sei die geordnete Beteiligung der Gemeinden über die Klassentage geregelt. Deshalb müsse nicht das Verfahren geändert werden. Nach seiner Erinnerung sei der Auftrag der Synode im Januar gewesen, eine konkrete Planung vorzulegen. Die Diskussion jetzt habe deutlich gemacht, dass über den Zeitplan erst im Herbst 2007 entschieden werden könne. *Syn. Homburg* sieht Tempo nur in der Frage nach dem geistlichen Zustand der LLK und plädiert für baldige Beratung im Theologischen Ausschuss. Der Rechts- und Innenausschuss solle Minimalbedingungen für eine selbstständige LLK formulieren. Im Hinblick auf die Kosten der externen Moderation solle nachverhandelt werden. *Syn. Schormann* sieht die vorgesehene Entscheidung der Herbstsynode 2009 zur Selbstständigkeit der LLK als Hemmschuh, um überhaupt über Perspektiven der LLK für das nächste Jahrzehnt nachdenken zu können.

*Präses Stadermann* dankt für die bewegte Diskussion. Nachdem keine Synodalen mehr auf der Rednerliste stehen, fragt er nach einem Beschlussvorschlag. *LS Dr. Dutzmann* sagt zu, dass der Landeskirchenrat in der Frühstückspause einen Vorschlag formulieren werde.

Frühstückspause 11.15 – 11.40 h

Nach Wiederbeginn stellt der *Präses* den folgenden Beschlussvorschlag des Landeskirchenrates zur Diskussion:

1. **Dem Prozess „Perspektiven für eine Jahrzehnt entwickeln – Weiterarbeit am Leitbild der LLK“ wird zugestimmt (Zeitleiste)**
2. **Den Kirchenvorständen werden die Fragen der Folie 6 vorgelegt mit der Bitte um Stellungnahme:**
  - a. **Was macht die Lippische Landeskirche aus?**
  - b. **Was muss die Lippischen Landeskirche leisten?**

- c. **Was ist das Inhalte- und Aufgabenspektrum der Lippischen Landeskirche?**
  - d. **Wohin soll sich die Lippische Landeskirche entwickeln und orientieren?**
3. **Die Fragen der Folie 6 werden in den Mittelpunkt der Zukunftswerkstatt am 10. November 2007 gestellt.**
  4. **Die Zukunftswerkstatt wird extern moderiert.**

*Syn. Postma* empfiehlt unter Aufnahme der Anregung des *Syn. Schormann* und vielfach geäußelter Kritik, in der Zeitleiste den Beschlusshinweis in 2009 zur Selbstständigkeit der LLK zu streichen. Diesem Vorschlag tritt auch der *Syn. Stelzle* bei. *Syn. Hauptmeier* fragt zu Ziffer 4., ob Adveris ein kompetenter Partner sei, worauf der Präses antwortet.

*Syn. Postma* und die mitunterzeichnenden *Syn. Donay*, *Syn. Frau Heer* und *Syn. Stelze* stellen den

**Antrag:**

**Die Landessynode möge beschließen, den Zusatz unter Herbstsynode 09 „u.a. Selbstständigkeit der LLK 2017“ zu streichen.**

Dieser Antrag findet bei 39 Ja-Stimmen gegenüber zehn Nein-Stimmen und drei Enthaltungen eine Mehrheit.

Sodann lässt der *Präses* über den Beschluss im Einzelnen abstimmen.

**Ziffer 1: Dem Prozess „Perspektiven für eine Jahrzehnt entwickeln – Weiterarbeit am Leitbild der LLK“ wird zugestimmt (Zeitleiste mit einer inhaltlichen Änderung)**

**Beschluss:**

Diesem Beschlussteil wird mit 47 Ja-Stimmen bei fünf Enthaltungen zugestimmt.

**Ziffer 2: Den Kirchenvorständen werden die Fragen der Folie 6 vorgelegt mit der Bitte um Stellungnahme:**

- a. Was macht die Lippische Landeskirche aus?
- b. Was muss die Lippische Landeskirche leisten?
- c. Was ist das Inhalte- und Aufgabenspektrum der Lippischen Landeskirche?
- d. Wohin soll sich die Lippische Landeskirche entwickeln und orientieren?

**Beschluss:**

Diesem Beschlussteil wird mit 45 Ja-Stimmen gegenüber einer Gegenstimme und sechs Enthaltungen zugestimmt.

**Ziffer 3: Die Fragen der Folie 6 werden in den Mittelpunkt der Zukunftswerkstatt am 10. November 2007 gestellt.**

**Beschluss:**

Diesem Beschlussteil wird mit 50 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen zugestimmt.

**Ziffer 4: Die Zukunftswerkstatt wird extern moderiert.**

**Beschluss:**

Diesem Beschlussteil wird mit 40 Ja-Stimmen bei sieben Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen zugestimmt.

Aufgrund der Einzelbeschlüsse lautet der Gesamtbeschluss im Fließtext wie folgt:

**Beschluss Nr. 1 (34/2)**

1. Dem Prozess „Perspektiven für ein Jahrzehnt entwickeln – Weiterarbeit am Leitbild der LLK“ wird zugestimmt (Zeitleiste mit einer inhaltlichen Änderung)
2. Den Kirchenvorständen werden die Fragen der Folie 6 vorgelegt mit der Bitte um Stellungnahme:
  - a. Was macht die Lippische Landeskirche aus?
  - b. Was muss die Lippische Landeskirche leisten?



- c. **Was ist das Inhalte- und Aufgabenspektrum der Lippischen Landeskirche?**
  - d. **Wohin soll sich die Lippische Landeskirche entwickeln und orientieren?**
3. **Die Fragen der Folie 6 werden in den Mittelpunkt der Zukunftswerkstatt am 10. November 2007 gestellt.**
  4. **Die Zukunftswerkstatt wird extern moderiert.**

## **TOP 11 Entlastungsstellen für Kirchengemeinden**

Syn. Deppermann als 1. Beisitzer des Synodalvorstandes übernimmt die Sitzungsleitung. *Landessuperintendent Dr. Dutzmann* weist in seiner Einführungsrede zunächst auf den Grund des geänderten Tagesordnungspunktes hin. Nach den Beratungen in den Klassentagen, die zu diesem Thema teilweise kontrovers verlaufen seien, habe es der Landeskirchenrat für erforderlich gehalten, eine aktualisierte Vorlage zur Pfarrdienstordnung für Pfarrerinnen und Pfarrer zur Herbstsynode 2007 über die Klassentage vorzulegen. Der Vorlage solle dann auch das Muster einer lippischen Pfarrdienstordnung für eingeschränkte und uneingeschränkte Dienste beigelegt werden. Auch Hinweise für die Kirchenvorstände zur Aufstellung einer Pfarrordnung seien vorgesehen. Im Weiteren begründet der Landessuperintendent die Vorlage für Entlastungspfarrstellen (Anlage 19). Nach der Verfassung seien die Superintendentinnen und Superintendenden zugleich Inhaber einer Pfarrstelle in der Gemeinde. Der Landeskirchenrat nehme wahr, dass die Arbeitsbelastung in den letzten Jahren deutlich zugenommen habe, nicht zuletzt aufgrund von synodalen Beschlüssen (z.B. Jahresgespräche mit allen Pfarrerinnen/Pfarrern, Durchsetzung des Pfarrstellenreduzierungsplanes auf Klassenebene). Sollte die Synode eine Pfarrdienstordnung beschließen, so werde es einen hohen Beratungsbedarf in den Kirchenvorständen geben. Um die Kräfte vor Ort nicht zu überfordern, schlägt der Landeskirchenrat nun eine Entlastung vor. Diese Entlastung sei aber nicht vorrangig für die Superintendenden gedacht, sondern für die Gemeinden, in denen sie ihren Dienst versehen. Denn

die Gemeinden seien ja bei der Wahl zum Superintendent oder zur Superintendentin auch nicht gefragt worden. Dasselbe gelte auch für die Gemeinde des Präses. Bei der Gestaltung dieses Vorschlag orientiere man sich an dem noch bestehenden rechnerischen Überhang von Pfarrstellen entsprechend der neuen Verhältniszahl. Aus dem Kreis der Pfarrerrinnen und Pfarrer, die erheblich weniger Gemeindeglieder zu betreuen haben, könne dann eine Entlastungsleistung erbeten werden. Dadurch würden im Augenblick keine neuen Stellen geschaffen werden. Die Finanzierung der Entlastungsstellen solle aus dem Gemeindepfarrstellen- und -versorgungshaushalt erfolgen. Da ein „Plus“ oder „Minus“ dieses Haushaltsteiles hälftig von der Landeskirche und von den Gemeinden getragen wird, entspreche diese Finanzierung dem Dienst der Superintendenten und Superintendentinnen vor Ort, in der Klasse und für die Landeskirche.

*Syn. Deppermann* als Sitzungsleiter dankt für den Vortrag und fragt nach Wortmeldungen. Zu dieser Initiative des Landeskirchenrates votieren die *Synodalen Homburg, Fleck, Grote, Frau Holzmüller, Stelze, Lange, Mellies und Krause*. Landessuperintendent Dr. Dutzmann und Synodaler Deppermann gehen auf die einzelnen Wortmeldungen ein. Dabei werden folgende Aspekte angesprochen:

- Wenn auch die Entlastungsstellen bis zur Umsetzung des Stellenreduzierungsplanes aus dem Kontingent der zu reduzierenden Stellenanteile zu stellen sind, werden nicht doch neue Personalstellen geschaffen?
- Wer regelt Entlastungen in den Klassen?
- Warum können für die 2,25 Entlastungsstellen nicht wie früher Vikarinnen und Vikare vorgesehen werden? Andererseits: Gäbe es unter den Nachwuchstheologen überhaupt Interessenten? Wo liegt der Kostenunterschied zwischen einem Vikar bzw. einer Vikarin und einer 0,25 Entlastungsstelle?
- Sollte grundsätzlicher über die Aufgaben der Superintendenten nachgedacht werden, etwa durch Wegfall der Jahresgespräche?

- Sollte, so wie es die Klassentage Bad Salzuflen und Detmold vorgeschlagen haben, eine Begrenzung der Entlastungsstellen bis 2012 erfolgen?
- Die Entlastung für den Präses gilt nur, wenn eine Pfarrerin oder ein Pfarrer dieses Amt versieht.

Da Änderungsanträge nicht gestellt werden, lässt Syn. Depermann über den Beschlussvorschlag des Landeskirchenrates abstimmen:

### **Nr. 2 (34/2)**

**Je Klasse ist ein 0,25-Stellenumfang zur Entlastung der Gemeinden, die eine Superintendentin oder einen Superintendenten stellen, vorzusehen. Ein weiterer Stellenumfang von 0,25 ist zur Entlastung der Kirchengemeinde, deren Pfarrerin oder Pfarrer das Präsesamt bekleidet, anzusetzen.**

**Die Landessynode geht davon aus, dass die Pfarrstellenanteile der Entlastungsstellen (9 x 0,25) aus dem Gemeindepfarrstellenbesoldungs- und -versorgungshaushalt finanziert werden. Die Sollzahl für die Pfarrstellen nach dem Pfarrstellenreduzierungsplan bis 31.12.2012 erhöht sich dabei um die der jeweiligen Klasse zugewiesenen Entlastungsstellen.**

Der Beschluss wird mit 46 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

## **TOP 12      Verbindung der Pfarrstellen der Ev.-ref. Kirchengemeinden Alverdissen und Sonneborn**

*Landessuperintendent Dr. Dutzmann* erläutert den Grund der Verbindung aufgrund der Vorlage (Anlage 20). Dieser besteht darin, dass beide Gemeinden nicht (mehr) über die Zahl verfügen, die dauerhaft eine Besetzung mit einer Pfarrstelle in vollem oder 3/4 Umfang möglich macht. Durch die Verbindung werde eine Pfarrstelle beiden Gemeinden zugeordnet. Beide

Kirchengemeinden bleiben rechtlich selbstständig. Auch die Kirchenvorstände in Alverdissen und Sonneborn existieren weiter; in beiden hat der Pfarrstelleninhaber jeweils Sitz und Stimme. Der Pfarrer vertritt die Kirchengemeinden im Klassentag. Sonntäglicher Gottesdienst findet in beiden Gemeinden zu unterschiedlichen Zeiten statt. Es kann auch ein vierzehntägiger Wechsel bei entsprechendem Fahrdienst der Gemeinde stattfinden. Die beteiligten Kirchenvorstände haben Einvernehmen über die Dienstwohnung zu erzielen. Der Landessuperintendent bittet in § 1 den Halbsatz „mit einem dreiviertel Dienstumfang“ zu streichen.

Syn. Deppermann fragt nach Wortmeldungen. *Syn. Dr. Weinholt* weist darauf hin, dass sich die Verbindung, die zur Beschlussfassung ansteht, seit zwei Jahren bewährt habe.

### **Beschluss Nr. 3 (34/2)**

**Nach Anhörung der Beteiligten beschließt die Landessynode nach Artikel 11 der Verfassung:**

#### **§ 1**

**Die Pfarrstellen der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Alverdissen und der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Sonneborn werden mit Wirkung vom 1. Juli 2007 verbunden. Die bisherigen beiden Pfarrstellen werden zu einer Pfarrstelle vereinigt.**

#### **§ 2**

**Die Besetzung der Pfarrstellen wird von den Kirchenvorständen beider Kirchengemeinden nach den Bestimmungen des Pfarrstellenbesetzungsgesetzes vorgenommen.**

#### **§ 3**

**Die Urkunde tritt am 1. Juli 2007 in Kraft.**

Der Beschluss wird mit 51 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

## **TOP 13      Evangelische Gemeindestiftung Lippe (Gründung)**

Auf Bitte des Syn. Deppermann führt *Kirchenrat Dr. Schilberg* in die Vorlage ein (Anlage 21). Mit der Gründung dieser Stiftung sollen die Kirchengemeinden unterstützt werden, neue Finanzierungswege zu entwickeln und zu beschreiten. Dabei geht es um eine langfristige Finanzierungsstrategie. Es gelte, jetzt etwas aufzubauen, was geeignet ist, zusätzlich private Gelder zu gewinnen. Dabei seien Stiftungen in ihrem Wesen nachhaltig, da sie auf Dauer angelegt sind. Aus den Erträgen des Stiftungsvermögens werden die Stiftungszwecke finanziert, z.B. Jugendarbeit oder Kirchenmusik. Dabei bleibe das Vermögen unangetastet. Dem Stifterwillen kommt hohe Bedeutung zu, Stifterinnen und Stifter können im kirchlichen Bereich Verantwortung übernehmen und sich einsetzen, wo in ihrer Umgebung Hilfe gebraucht wird. Um für stiftende oder zustiftende Menschen attraktiv zu sein, sind Angebote für stiftendes Handeln zu initiieren. Es geht also nicht um bloßes Umschichten von Haushaltsmitteln in eine Stiftung. Durch eine Stiftung können potentielle Stifter motiviert werden, ihre Spende oder Zustiftung der Gemeinde zugute kommen zu lassen und damit ihre Arbeit vor Ort zu unterstützen. Die Ausgangssituation ist günstig. In dem Impulspapier der EKD „Kirche der Freiheit“ ist darauf hingewiesen, dass Stiftungen bis 2030 eine immer höhere Bedeutung gewinnen werden. Sie sollen als weitere Säule der Finanzierung aufgebaut werden. Auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind gut. Die Zahl der Bürgerstiftungen steigt ständig. In 2006 wurden mehr Stiftungen gegründet als jemals zuvor in Deutschland. *Dr. Schilberg*: „Wir liegen mit der Ev. Gemeindestiftung also im Trend.“ Diese Stiftung ist als Dachstiftung gedacht, so dass die Kirchengemeinden die Möglichkeit haben, langfristig und kontinuierlich Grundvermögen im Rahmen eines eigenen Stiftungsfonds oder einer unselbstständigen Stiftung aufzubauen und wachsen zu lassen. Das Landeskirchenamt wird die Gemeinden mit den in dem Informationspapier genannten Dienstleistungen und Synergieeffekten unterstützen.

*Syn. Deppermann* fragt nach Wortmeldungen. *Syn. Lange* begrüßt die Idee. Er plädiert für ein Grundstockvermögen von 500.000 Euro und beantragt im vierten Satz des Beschlussvorschlages den Halbsatz „...und der Verwaltung“.. zu streichen. Zur Begründung weist er darauf hin, dass jede Anlageform Verwaltungskosten erzeuge, die den Ertrag mindern würden. Diese Kosten sollte also nicht die Landeskirche tragen. *Syn. Donay* weist in einem längeren Redebeitrag auf die Hintergründe der in der Klasse Blomberg entstandenen Idee zur Gründung einer Ev. Gemeindestiftung hin. *Syn. Mellies* fragt nach der Art der Verwaltungskosten, worauf der *Syn. Deppermann, Kirchenrat Dr. Schilberg und Syn. Giesdorf* eingehen. *Syn. Kriete* befürwortet die Errichtung der Stiftung, fragt aber auch nach den Verwaltungskosten. *Syn. Stelzle* fragt sich, ob die Synode die Kraft habe, einen Beschluss im vorgeschlagenen Sinne zur Verwaltung in fünf Jahren zu korrigieren. Er spricht sich gegen einen Automatismus aus und erwägt einen Antrag.

Weitere Wortmeldungen bringen die *Syn. Homburg* und *Siekmann* vor, die ebenfalls um die Frage der Verwaltung kreisen. *Syn. Lange* zieht seinen Antrag zurück und schlägt abweichend nun vor, die Stiftung in drei Jahren zu überprüfen, auch hinsichtlich der Verwaltungskosten. In diese Richtung votiert auch *Syn. Stelzle* und verzichtet auch seinerseits auf einen Antrag.

*Syn. Deppermann* begründet eine Satzungsänderung und stellt den

**Antrag:**

**Die Landessynode möge eine Änderung in § 11 Abs. 1 Satz 1 der Stiftungssatzung beschließen: „Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern.“**

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

*Syn. Prof. Fischer* fragt nach Gründen für den Wegfall steuerbegünstigter Zwecke (§ 15 Abs. 4 Stiftungssatzung), auf die die *Syn. Siekmann* und *Giesdorf* eine Antwort geben.  
*Syn. Lange* empfiehlt eine

**Protokollnotiz:**

**Die Ev. Gemeindestiftung ist nach drei Jahren zu überprüfen.**

Damit ist die Synode einverstanden.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt *Syn. Deppermann* über den Beschlussvorschlag wie folgt abstimmen:

**Beschluss Nr. 4 (34/2)**

**Die Landessynode beschließt die Errichtung der Evangelischen Gemeindestiftung Lippe auf der Basis des vorgelegten Satzungsentwurfes (Anm.: mit einer Änderung in § 11 Abs. 1 Satz 1) und verabschiedet die Satzung. Sie beauftragt das Landeskirchenamt mit der Beantragung der Anerkennung der Stiftung durch die staatliche Stiftungsaufsicht und die Oberfinanzdirektion Münster.**

**Die Landeskirche stattet die Stiftung mit einem Grundstockvermögen in Höhe von 50.000 Euro aus.**

**Die im Zusammenhang mit der Gründung und Verwaltung der Stiftung entstehenden Sach- und Personalkosten übernimmt die Landeskirche.**

**Die Landessynode bittet und empfiehlt den Kirchengemeinden, eine Beteiligung an der Evangelischen Gemeindestiftung Lippe bis Mitte September in den Kirchenvorständen zu beraten und die Beschlüsse dem Landeskirchenamt zu übermitteln.**

Der Beschluss wird mit 50 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

## **TOP 6      Beschluss der Synode zum Schwerpunktthema**

*Präses Stadermann* übernimmt wieder die Sitzungsleitung. Er weist auf den Beschlussvorschlag als Tischvorlage hin (Anlage 22) und bittet um Wortmeldungen.

*Syn. Siekmann* dankt für den Beschlussvorschlag. Er fragt sich, wie die Kirche in den Gemeinden Kontakt zu den betroffenen Menschen aufnehmen kann und plädiert für eine subventionierte warme Mahlzeit für Kinder in offenen Ganztagschulen. *Kirchenrat Dr. Schilberg* rät im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand, dass sich vor Ort die Gemeinden dieses Problems annehmen sollten.

*Syn. Siekmann* stellt dazu einen Antrag in Aussicht, der unter TOP 15 behandelt wird. *Syn. Fleck* rät zu einem strategischen Nachdenken, wie Armut vermieden werden kann und welche Bundesgenossen es dabei gibt. *Syn. Krause* begrüßt die Initiative des *Syn. Siekmann*. *Syn. Giesdorf* rät, dass das Thema Schulspeisung auch vom Spendenparlament aufgegriffen werden soll. *Syn. Ostarek* regt eine Ergänzung des Beschlussvorschlages im Hinblick auf konkrete politische Maßnahmen zur Armutsüberwindung, z.B. existenzsicherndes Grundeinkommen oder Mindestlohn, an. *Syn. Donay* empfiehlt zu der Initiative des *Syn. Siekmann*, dass sich die Landeskirche zur Hälfte an den Kosten beteiligt. *Syn. Homburg* votiert gegen eine finanzielle Beteiligung der Landeskirche und plädiert für gemeindliche Verantwortung.

Unter Berücksichtigung des Änderungsantrages lässt *Präses Stadermann* über den Beschlussvorschlag wie folgt abstimmen:



### Beschluss Nr. 5 (34/2)

Die Lippische Landessynode dankt Matthias Neuper, Heinz Entfellner, Michael Keil, Karl-Eitel John und Ruth Gantschow für ihre einführenden Vorträge sowie den Arbeitsgruppen für ihre konzentrierten Beratungen. Auf dem Hintergrund der hier gewonnenen Erkenntnisse fasst die Landessynode zum Schwerpunktthema Armut folgenden

#### **Beschluss:**

Die Landessynode sieht mit großer Sorge die wachsende Zahl von Armut und Perspektivlosigkeit bedrohter Menschen in Lippe.

Sie dankt den Gemeinden, diakonischen Einrichtungen, Institutionen und Einzelnen für ihr vielfältiges Engagement.

Die Landessynode sieht die Aufgabe zu weiterer Hilfe, um den betroffenen Familien und Kindern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Sie fordert aber auch neue Wege, um Armut zu vermeiden. Die Armutsorientierung des kirchlichen und diakonischen Handelns soll verstärkt werden.

Zur qualifizierten Vorarbeit an dieser Projektaufgabe für die Herbstsynode 2007 beruft die Landessynode einen besonderen Ausschuss auf Zeit.

Der Ausschuss besteht aus je einem Vertreter der Kammer für Weltmission, Ökumene und Entwicklung, Kammer für Frieden und Umwelt, Kammer für Volksmission und Öffentlichkeitsarbeit, Schulkammer und Jugendkammer sowie des Theologischen Ausschusses. Außerdem werden die Referenten Matthias Neuper, Heinz Entfellner, Michael Keil, Karl-Eitel John und Ruth Gantschow sowie Kirchenrat Andreas-Christian Tübler und Christoph Pompe um Mitarbeit gebeten.

**Die Landessynode bittet die Landesspfarrerin für Diakonie, den Vorsitz des Ausschusses zu übernehmen. Die Geschäftsführung des Ausschusses wird dem Diakonischen Werk übertragen.**

**Der Ausschuss wird gebeten, sich in einer konzentrierten Bemühung unter Beteiligung der Gemeinden und diakonischen Einrichtungen mit dem Thema Armut in Lippe auseinander zu setzen. Dabei soll folgenden Fragen nachgegangen und konkrete Antworten für praktische Wege gefunden werden, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden können:**

- **Wo kommt Armut in unseren Gemeinden vor?**
- **Wie können wir damit umgehen, wie können wir darauf reagieren?**
- **Welche weitergehenden bzw. neuen Hilfen bestehen bzw. werden gesehen im Bereich von Kirche, Diakonie und Politik?**

**Die Beantwortung dieser Frage soll unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen folgende Aspekte mit umfassen:**

- **Wo liegen die Ursachen der Armut?**
- **Von welchem Menschenbild ausgehend werden sozialpolitische Entscheidungen getroffen?**
- **Wie kann es gelingen, Menschen in Armut nicht nur als „Zielgruppe“ diakonischen Handelns zu begreifen, sondern sie einzubeziehen mit ihren Erfahrungen, Talenten und Fähigkeiten in das Leben der Gemeinden, und sie zu ermutigen, ihre eigene Lebenssituation aktiv zu verändern?**
- **Muss sich die Verteilung der kirchlichen Finanzmittel im Hinblick auf Armut ändern?**
- **Ist im Umgang mit Armut die Verteilungsgerechtigkeit zu bedenken?**

- **Nutzen Kirche und Diakonie auch als Arbeitgeber ihre Ressourcen richtig?**
- **Gibt es konkrete politische Maßnahmen zur Armutüberwindung, z.B. existenzsicherndes Grundeinkommen oder Mindestlohn?**

**Der Ausschuss wird gebeten, seine Arbeit bis Anfang November 2007 abzuschließen und dem Landeskirchenrat konkrete Vorschläge vor der Herbstsynode 2007 zuzuleiten.**

Der Beschluss wird mit 48 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

*Präses Stadermann* informiert die Synode über eine Aktion des Diakonischen Werkes Lippe zum Thema Armut auf dem Marktplatz in Detmold am 9. Juni 2007.

## **TOP 14 Tagung der Landessynode am 14./15. Januar 2007**

### **14.1 Verhandlungsbericht**

*Präses Stadermann* gibt der Synode zur Kenntnis, dass gegen den vom Synodalvorstand festgestellten Verhandlungsbericht über die erste Tagung der 34. ordentlichen Landessynode keine förmlichen Einsprüche eingegangen sind, so dass der den Synodalen übersandte Wortlaut die endgültige Fassung des Verhandlungsberichtes darstellt und als angenommen gilt.

### **14.2 Bericht zur Ausführung der Beschlüsse**

*Präses Stadermann* weist auf die anstehenden Aufgaben im Zusammenhang mit den Synodalbeschlüssen hin.

### **14.3 Sachstand zu Anträgen und Eingaben**

*Präses Stadermann* gibt eine Information zu der vom Synodalen Mellies in der Herbstsynode angeregten Protokollnotiz zur Prüfung des Sparvolumens, falls die Pfarrerrinnen und Pfarrer,

die schon nach A14 besoldet werden, zurückgestuft bzw. später durchgestuft werden (Sparvolumen ca. 1,4 Mio. Euro bis 2016).

*Präses Stadermann* berichtet über ein Gespräch am 16. April 2007 mit den lippischen Bundes- und Landtagsabgeordneten aufgrund des Synodalbeschlusses Nr. 31 von Herbst 2006 zur Energiepolitik. Bei den Politikern habe der Beschluss der Synode viel Verständnis hervorgerufen. Bei dem Gespräch sei es auch um Kindertagesstätten und um die Wertediskussion gegangen. Der Dialog mit den Politikern werde fortgesetzt.

Außerdem weist der *Präses* darauf hin, dass der Beschluss Nr. 8 (33/7) der Frühjahrssynode 2005 zum Schwerpunktthema „Kirche muss wachsen wollen... mit seinen vielfältigen Aspekten in die Zukunftswerkstatt einfließen soll.

## **TOP 15      Anträge und Eingaben**

*Synodaler Siekmann* stellt im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema Armut und begleitend zu dem Beschluss der Synode den

### **Antrag:**

**Den Kirchengemeinden wird nahe gelegt, ein besonderes Augenmerk auf die Mittagsversorgung von Kindern in offenen Ganztagschulen und Kindertagesstätten zu legen und die Versorgung finanziell zu unterstützen.**

Dieser Antrag wird mit 48 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

## **TOP 16      Termine der nächsten Synodaltagen**

26. und 27. November 2007

13. und 14. Juni 2008

24. und 25. November 2008

Alle diese Synodaltagungen finden in Stapelage statt.

## **TOP 17      Verschiedenes**

### **17.1 Auswertung „Evangelisch in Lippe“**

*Kirchenrat Tübler* berichtet über die Auswertung der Zeitungsbeilage „Evangelisch in Lippe“, die der Dokumentation beiliegt (Anlage 23). Der Auswertung lagen 420 Fragebögen zugrunde. Teilgenommen haben überwiegend regelmäßige Leserinnen und Leser der Lippischen Landes-Zeitung (Abonnenten). Die Teilnehmer sind mehrheitlich interessierte Leser der Beilage. Fast alle haben schon mehrere Ausgaben gelesen, mehr als ein Viertel sogar alle bisher erschienenen sieben Ausgaben. Auf einer Skala von 1 bis 6 wurde die Beilage von „sehr gut“ bis „befriedigend“, im Schwerpunkt mit „gut“ bewertet. Mit dem Verhältnis von Texten und Bildern, Länge der Artikel, dem Informationskasten und der Farbgestaltung zeigten sich die Teilnehmer überwiegend zufrieden. Die Teilnehmer der Umfrage schätzen ihr Interesse an religiösen Themen allgemein hoch ein. Die Abfrage brachte auch zu Tage, dass die Beilage eher kirchenferne Menschen erreicht. Denn 25 – 30 Prozent der Teilnehmer erklärten, dass sie keine Angebote ihrer Kirchengemeinde nutzen, einmal bis höchstens zweimal einen Gottesdienst besuchen und im vergangenen Jahr nicht mit ihrer Pfarrerin oder ihrem Pfarrer gesprochen haben. Der Großteil der Teilnehmer ist evangelisch, ein kleiner Anteil katholisch, wenige gehören einer anderen Glaubensgemeinschaft an, 15 waren konfessionslos.

*Präses* und Synode danken Kirchenrat Tübler für seinen Vortrag und der Öffentlichkeitsreferentin Birgit Brokmeier für ihre Arbeit.

### **17.2 Personalplanung**

*Landessuperintendent Dr. Dutzmann* berichtet aus der Arbeitsgruppe Personalplanung der Theologinnen und Theologen, die vom Landeskirchenrat berufen worden ist. Anlass dazu gab der

Beschluss der Synode von 2006 auf dem Hintergrund der prekären Situation, bis auf Weiteres keine Theologinnen und Theologen neu in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis auf Lebenszeit zu berufen und den Sonderdienst abzuschaffen. Dieser Grundsatzbeschluss wird jetzt durch die Arbeitsgruppe unter dem Aspekt bedacht, ob es tatsächlich sinnvoll ist, auf den theologischen Nachwuchs jetzt zu verzichten, weil er nicht erst in 10 oder 15 Jahren, sondern bereits heute fehlt. Die Arbeit in der Gruppe erweist sich aber als komplex und kompliziert, so dass es nicht möglich war, jetzt bereits ein Ergebnis vorzulegen. Aus umfangreichen, detaillierten Vorlagen der Personalabteilung geht hervor, dass der rechnerische Überhang bei den Pfarrstellen nach wie vor ein großes Problem darstellt. Das kumuliert mit den Versorgungsverpflichtungen, von denen heute nicht genau bekannt ist, wie ihnen nachgekommen werden kann. Das Problem der Clearingnachzahlungen wird sich dagegen absehbar erledigen. In der Arbeitsgruppe zeichnet sich als Tendenz ab, dass zunächst die Sanierungsaufgaben zu erledigen sind. In dem Zusammenhang gibt es noch nicht abgeschlossene Überlegungen, wie denen, die sich entschließen können, zum Teil oder ganz auf ihr Dienstverhältnis auf Lebenszeit zu verzichten, welche Abfindung zu zahlen ist und in welcher Höhe. Fraglich ist auch, ob das ein politisch gewollter Weg ist. Die Arbeitsgruppe hat auch über Abordnungen nachgedacht. Es besteht die Situation, dass die pfarrdienstliche Arbeit ungleich verteilt ist, d.h. einige haben weniger Gemeindeglieder zu versorgen, andere arbeiten am Limit. Die Arbeitsgruppe, so der Landessuperintendent abschließend, bleibt an der Arbeit. Dabei kristallisiert sich heraus, dass vor der Nachwuchsfrage und der Einstellung von Nachwuchs verantwortlich und tragfähig die Problemfragen zunächst zu entscheiden sind.

*Präses* und Synode danken Landessuperintendent Dr. Dutzmann für den Zwischenbericht.

### **17.3 Lippischer Kirchentag 2008**

*Syn. Postma* weist auf den im August 2007 erscheinenden lippischen Kirchentagskalender hin, der ab sofort bestellt werden kann (s. Homepage der Lippischen Landeskirche).

### **17.4 Ausschussvorsitzende**

*Syn. Grote* bittet, dem Verhandlungsbericht eine Liste mit den Namen der Vorsitzenden der Ausschüsse und Kammern beizulegen.

*Syn. Frau Langenau* beschließt die Sitzung des 2. Verhandlungstages mit einem gemeinsamen Lied (EG 140, 1 – 5), Gebet und der Segensbitte.

Schluss der Sitzung: 13.25 Uhr.

Stapelage, den 2. Juni 2007

Geschlossen: Synodale Gertrud Wagner (Schriftführerin)

In der vorliegenden Fassung festgestellt:

#### **DER SYNODALVORSTAND**

Michael Stadermann (Präses)

Gert Deppermann (1. Beisitzer)

Dirk Henrich-Held (2. Beisitzer)

Die Übereinstimmung der Abschrift

Mit dem Original wird beglaubigt.

Detmold, 20. Juni 2007



Arnold Pöhlker  
Oberamtsrat i.K.



## Synodensplitter

*„Damit meine ich nicht, dass man sich von dem Gedanken leiten lässt, dass alle draußen sitzen wollen“*

Präses Michael Stadermann bei der Befragung des Plenums, wie viele Synodale in welche Arbeitsgruppe gehen wollen. Für eine der drei Arbeitsgruppen war dank des guten Wetters ein Platz im Garten reserviert.

*„Vom geschützten Hort als Beamter lässt sich gut und vortrefflich raten“*

Superintendent Dirk Hauptmeier in der Debatte über Positionen der Kirche zum Thema Armut und Arbeitslosigkeit.

*„Dazu passt ein Lied, das ich immer gern singe – das werden Sie noch oft mit mir singen.“*

Der neue Präses Michael Stadermann bei seiner zweiten Tagung, als er sich zum Ende des ersten Verhandlungstages für das Lied „Geh` aus mein Herz...“ aussprach.



## **Impressum**

### **Herausgeber**

Lippische Landeskirche, Landeskirchenamt

Leopoldstraße 27, D-32756 Detmold

Tel.: 05231/976-60 – Fax: 05231/976-850

E-Mail: [LKA@Lippische-Landeskirche.de](mailto:LKA@Lippische-Landeskirche.de)

### **Redaktion**

Arnold Pöhlker, Tel. 05231/976-749

E-Mail: [arnold.poehlker@lippische-landeskirche.de](mailto:arnold.poehlker@lippische-landeskirche.de)

### **Satz, Adressverwaltung**

Nicole Gutknecht, Tel. 05231/976-859

E-Mail: [nicole.gutknecht@lippische-landeskirche.de](mailto:nicole.gutknecht@lippische-landeskirche.de)

### **Druck, Layout**

Uwe Leister, Hausdruckerei des Landeskirchenamtes

Tel. 05231/976-703, E-Mail: [uwe.leister@lippische-landeskirche.de](mailto:uwe.leister@lippische-landeskirche.de)

### **Versand**

Gerhard Ruthe, Tel. 05231/976-802

Die Anlagen, auf die im Protokoll verwiesen wird, sind im Synodalbüro erhältlich (Tel. 05231/976-859). Die beschlossenen Rechtsvorschriften sind im Gesetz- und Verordnungsblatt der Lippischen Landeskirche veröffentlicht. Das Gesetz- und Verordnungsblatt kann unter der Homepage [www.Lippische-Landeskirche.de](http://www.Lippische-Landeskirche.de) angefordert werden.

Lippisches Landeskirchenamt  
Leopoldstraße 27  
32756 Detmold  
Telefon 0 52 31/976-60  
Fax 0 52 31/976-850  
E-mail: [lka@lippische-landeskirche.de](mailto:lka@lippische-landeskirche.de)